In der Reihe dokument publiziert Alliance Sud wichtige Positionspapiere, Tagungsbeiträge und andere entwicklungspolitische Stellungnahmen.

dokument 17, Mai 2009 / ISBN 1661-0024

Tagung des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut»

Wasser – Quelle von Konflikten

Am 6. März 2009 organisierte Alliance Sud im Auftrag des schweizerischen Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut»[1] die Tagung «Wasser – Quelle von Konflikten». Referentinnen und Referentinnen aus dem In- und Ausland diskutierten verschiedene Fallbeispiele: von vergleichsweise harmlosen Nutzungskonflikten in der Schweiz bis hin zum gewaltsamen Konflikt in Palästina.

«Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden nicht um Öl, sondern um Wasser geführt», prophezeite der damalige ägyptische Aussenminister und spätere Uno-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali schon 1986. Die Unesco zählte in den letzten sechzig Jahren 37 Kriege, in denen Wasser eine Schlüsselrolle spielte. Weltweit gibt es 260 grenzüberschreitende Flüsse und Seen, die viel Konfliktpotenzial bieten.

Doch nicht nur Staaten streiten sich um Wasser. Das lebensnotwendige, aber knapper werdende Gut führt zu vielen weiteren, vielschichtigen Konflikten. Etwa zwischen nomadisierenden Viehzüchtern und sesshaften Bauern in Ostafrika, lokalen Gemeinschaften und multinationalen Konzernen in Asien und Lateinamerika, Reichen und Armen in Nordafrika. Die Tagung «Wasser – Quelle von Konflikten» stellte einige Beispiele exemplarisch dar. Zur Sprache kamen unter anderem Nutzungskonflikte in der Schweiz (zwischen Landwirtschaft, Umweltschutz und Energiewirtschaft), die verfahrene Situation um das Jordan- und das Grundwasser in Palästina (sie sind ein zentrales Motiv für die israelische Besatzungs- und Siedlungspolitik) oder komplexe Konflikte in Ostafrika, wo die Klimaveränderung das Wasser noch knapper werden lässt.

Das Eingangsreferat hielt Catarina de Albuquerque. Die portugiesische Anwältin amtet seit dem 1. November 2008 als unabhängige Expertin des Uno-Menschenrechtsrates für den Zugang zu Trinkwasser und sanitären Anlagen. Wie umstritten das Recht auf Wasser international noch immer ist, zeigt nicht zuletzt ihr restriktives Mandat: Frau Albuquerque verfügt weder über ein Budget, noch darf sie sich mit zwischenstaatlichen Konflikten beschäftigen; zudem muss sie sich strikt auf das Trinkwasser beschränken.

Auf den folgenden Seiten publizieren wir die meisten der gehaltenen Referate (in ihrer Originalsprache). Auf die Dokumentation einiger Inputs mussten wir aus technischen Gründen verzichten, weil sie ohne die verwendeten PowerPoint-Folien nicht verständlich sind. Diese Folien sind einsehbar unter www.alliancesud.ch/wasser. Nicht dokumentiert sind ausserdem die Podiumsgespräche, die von Martin Läubli, Wissenschaftsredaktor des «Tages-Anzeigers», moderiert wurden.

Pepo Hofstetter

1 siehe Seite 2

alliancesud
Arbeitsgemeinschaft
Swissaid · Fastenopfer · Brot für alle
Helvetas · Caritas · Heks
Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern • www.alliancesud.ch • mail@alliancesud.ch

Inhaltsverzeichnis

Einführung 3
Bruno Riesen, Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut», Leiter Campaigning Amnesty International (Schweizer Sektion), Bern

The Right to Water and Conflict 6
Catarina de Albuquerque, Independent Expert on the issue of human rights obligations related to access to safe drinking water and sanitation of the UN Human Rights Council, Geneva

Das Konfliktpotenzial von Wasser aus entwicklungspolitischer Sicht 11
Rosmarie Bär, Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut», Koordinatorin für Entwicklungspolitik bei Alliance Sud, Bern

Fallbeispiel Schweiz: Revitalisierte Flüsse, Spitzenenergieproduktion und landwirtschaftliche Ausgleichsflächen 17
Bernhard Wehrli, ETH-Professor für Aquatische Chemie, Direktionsmitglied Eawag und Stiftungsrat Greina-Stiftung, Zürich

Case study of the Middle East: The role of water in the Israeli-Palestinian conflict 19
Fadia Daibes-Murad, Specialist in water law and policy, Representative of DanChurchAid's Middle East Programme, Jerusalem

Case study of Brazil: Conflicts over the use of the Rio São Francisco 26
Ana María Suárez Franco, Country Group Coordinator of the Latin America Programme, FIAN International, Heidelberg

Case study of East Africa: Global warming and conflicts over water 29
Annabell Waititu, Programme Coordinator, Institute of Environment and Water (IEW), Nairobi

Schlussbemerkungen 34
Maike Gorsboth, Ökumenisches Wassernetzwerk, Genf

Der **Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut»** setzt sich für eine nachhaltige Wasserpolitik und für das Recht auf Wasser als Menschenrecht ein. Ihm gehören folgende Organisationen an: Alliance Sud, Amnesty International (Schweizer Sektion), Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz, Associazione consumatrici della Svizzera italiana, Attac Schweiz, ChristNet, Helvetas, Incomindios, Schweizerischer Bauernverband, Schweizerische Greina-Stiftung, VPOD.
Die Tagung wurde ausserdem mitgetragen vom Ökumenischen Wassernetzwerk und der Fachstelle OeME Bern (Reformierte Kirchen Bern-Jura-Solothurn).

Einführung

Bruno Riesen, Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut», Leiter Campaigning Amnesty International (Schweizer Sektion), Bern

Ich freue mich sehr, Sie alle hier im Namen des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut» zu unserer heutigen Tagung «Wasser – Quelle von Konflikten» begrüssen zu dürfen. Ich möchte Ihnen auch ganz herzlich danken, dass Sie sich einen ganzen Tag Zeit nehmen, um über ein wichtiges und schwieriges, aber an sich doch wenig erfreuliches Thema zu diskutieren. Erlauben Sie mir ein paar kurze einleitende Bemerkungen über unseren Wasserkreis und warum wir für die diesjährige Tagung das Thema Konflikte gewählt haben.

Der Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut» wurde anfangs dieses Jahrhunderts gegründet, als auch in der Schweiz eine Diskussion über die Privatisierung des Wassers aufkam. Nestlé versuchte damals verschiedene Quellen aufzukaufen, und in verschiedenen Gemeinden wurde über eine mögliche Privatisierung des Wassers, der Wasserversorgungen diskutiert. Glücklicherweise hat sich diese Diskussion in der Schweiz rasch wieder gelegt, nicht zuletzt wohl deshalb, weil verschiedene Beispiele von Privatisierungsprojekten im Ausland deutlich zeigten, dass es nicht funktioniert.

«Vieles deutet darauf hin, dass die meisten Konflikte und Kriege dieses Jahrhunderts um die schwindenden Rohstoffvorräte und damit letztlich auch um die schwindenden Wasservorräte geführt werden.»

Die Aufgaben, die wir uns im Arbeitskreis gestellt haben, gehen aber weiter. Es geht um eine nachhaltige Wasserpolitik weltweit. Dafür möchten wir uns nicht nur in der Schweiz, sondern auch international vernetzt einsetzen. Rosmarie Bär wird deshalb auch an das Weltwasserforum in Istanbul reisen.

Ein ganz zentrales Anliegen des Arbeitskreises ist es, dass das Recht auf Wasser als Menschenrecht weltweit anerkannt und verankert wird. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten auch versucht, uns dafür im Menschenrechtsrat in Genf einzusetzen, und wir sind froh, dass dieser im vergangenen September erstmals eine unabhängige Expertin für das Recht auf Wasser gewählt hat: Catarina de Albuquerque. Sie werden sie heute als erste Referentin kennenlernen, und wir sind sehr glücklich, sie bei uns zu haben.

Der Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut» ist sehr breit zusammengesetzt: von den Hilfswerken, die in Alliance Sud zusammengeschlossen sind, über Umweltorganisationen, Amnesty International, Ärzte und Ärztinnen für Umweltschutz, Schweizerischer Bauernverband, die Gewerkschaft VPOD bis hin zu kirchlichen Organisationen. In dieser Breite widerspiegeln sich die ganze Komplexität, die unterschiedlichen Aspekte und Problemkreise, die mit dem Thema Wasser verbunden sind. Aber sie zeigt auch, dass in ganz unterschiedlichen Organisationen das Bewusstsein vorhanden ist, dass für die Zukunft unseres Planeten eine nachhaltige Wasserpolitik entscheidend ist und dass das nur durch eine enge Zusammenarbeit und einen entsprechenden öffentlichen Druck der Zivilgesellschaft erreicht werden kann.

Im Vorfeld des Weltwassertages vom 22. März, der dieses Jahr unter dem Motto «grenzüberschreitende Wasservorkommen» steht, und dem 5. Weltwasserforum, das vom 15. bis 22. März unter dem Titel «Bridging Divides for Water» in Istanbul stattfindet, haben wir unser Tagungsthema «Wasser als Quelle von Kon-

flikten» natürlich nicht ganz zufällig gewählt. Viele Anzeichen und Aussagen von Fachleuten weisen darauf hin, dass die meisten Konflikte und Kriege dieses Jahrhunderts um die schwindenden Rohstoffvorräte und damit letztlich auch um die schwindenden Wasservorräte geführt werden, die für uns alle die Lebensgrundlage bilden. Es wird nicht nur um Kriege zwischen einzelnen Ländern gehen, und Wasser wird auch nicht immer der einzige Grund sein. Aber Wasser wird in vielen Kriegen und regionalen und lokalen Konflikten ein wichtiger Mitgrund sein. Laut der Unesco gab es in den letzten sechzig Jahren 37 Kriege, in denen Wasser eine zentrale Rolle spielte. Es wird in Zukunft aber nicht nur um Kriege gehen, sondern um verschiedenartigste Konflikte. Wir werden heute viel darüber hören, und auch das Wasserschloss Schweiz wird davon nicht verschont bleiben.

Wir wissen es alle: Wasser ist schon heute knapp; viele arme Menschen in den ärmeren Ländern haben bereits heute keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Wir wissen auch, dass die Armen häufig mehr für Wasser bezahlen müssen als die Reichen. Die Probleme verschärfen sich rasant. Im Jahr 2000 kam etwas Hoffnung auf, als die internationale Gemeinschaft die Millennium Development Goals beschloss und sich unter anderem vornahm, die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, bis 2015 zu halbieren. Seither ist einiges geschehen, aber nach ersten kleinen Erfolgen haben sich die Aussichten heute wieder verdüstert. Die versprochenen Mittel, die es bräuchte, um das Ziel zu erreichen, wurden schon bisher nicht vollumfänglich zur Verfügung gestellt. Die internationale Wirtschaftskrise wird dazu führen – darauf weisen auch die Voraussagen der Uno und des Internationalen Währungsfonds (IWF) hin –, dass die Mittel weiterhin in die Rettung der Banken, der Autoindustrie etc. fliessen und sowohl Industrie- wie Entwicklungsländer argumentieren werden, sie hätten kein Geld für Wasserprojekte. Sie werden auf dem Buckel der Ärmsten, die sich nicht wehren können, sparen; das ist immer das Einfachste.

Laut dem Uno-Umweltprogramm werden bei gleichbleibenden Verbrauchsmustern bis 2025, also in nur 16 Jahren, zwei Drittel der Weltbevölkerung unter Wassermangel leiden. Das heisst, es werden dann nicht 500 Millionen sein, wie mit den Millenniumszielen angestrebt, sondern 3,5 Milliarden, die zu wenig Wasser haben. Das Bevölkerungswachstum, aber auch die Konsumgewohnheiten und der rasch wachsende Bedarf der Industrie und der Landwirtschaft, die schon heute 70 Prozent der Wasserressourcen verbraucht, werden die Konkurrenzsituation um das verfügbare Wasser verstärken. Auch die Schweiz bleibt von solchen Nutzungskonflikten nicht verschont.

Zu diesen Trends hinzu kommt die Klimaerwärmung, die vielerorts längst keine nur theoretische Möglichkeit mehr ist, sondern ein Phänomen, das heute in vielen Ländern bereits sehr konkret spürbar ist – wir werden heute noch mehr darüber hören. Der beste Beweis, dass dies alles nicht nur graue Theorie ist, liefert die Finanzindustrie, die Wasser, weil es knapp wird, als das künftige Renditeobjekt Nr. 1 anbietet.

«Wasser wird als Macht- und Renditeobjekt betrachtet, das umso wertvoller ist, je weniger es davon gibt.»

Es geht aber in Zukunft nicht nur um die absolute Menge des verfügbaren Wassers, sondern ganz entscheidend auch um die Wasserqualität. Die zunehmende Verschmutzung der Meere, der Flüsse und des Grundwassers wird die Probleme zusätzlich verschärfen. Und ganz entscheidend wird es in Zukunft um den Zugang zu den verbleibenden Wasserressourcen gehen: Wer hat Zugang zu Wasser? Wer bekommt noch etwas von dem, was übrig bleibt?

Wir alle kennen die Probleme, die Politikerinnen und Politiker kennen sie, die Wirtschaftsführer kennen sie, und trotzdem wird das Recht auf Wasser noch längst nicht überall anerkannt, geschützt und gefördert. Vielmehr wird Wasser als Macht- und Renditeobjekt betrachtet,

das umso wertvoller ist, je weniger es davon gibt. Und die Wirtschaftskrise wird, wie erwähnt, vielen als Entschuldigung dienen, obschon der Betrag, den es bräuchte, um allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu ermöglichen, nicht so enorm wäre. Wenn wir während zehn Jahren nur den Betrag einsetzen würden, den wir innerhalb von zwei Wochen weltweit für Rüstungsgüter ausgeben, könnte das Ziel, allen Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser zu garantieren, locker erreicht werden.

Obwohl wir uns der Knappheit von Wasser bewusst sind, importieren wir Jahr für Jahr mehr «virtuelles» Wasser aus Trockengebieten und möchten unsere Autos nun noch mit Agrotreibstoffen füttern, deren Herstellung Unmengen an Wasser braucht.

Dass sich angesichts dieser Entwicklungen weltweit ein riesiges Konfliktpotenzial aufbaut, ist unübersehbar. Wir möchten heute etwas genauer hinschauen und analysieren, welche Formen von Konflikten auf lokaler, regionaler, aber auch auf zwischenstaatlicher Ebene schon existieren oder sich abzeichnen. Aber wir möchten auch der Frage nachgehen, was denn eigentlich geschehen müsste, was wir tun könnten, was es für Lösungsansätze gibt. Und wir möchten ganz konkret nachfragen, was denn die Schweiz tun könnte, um die Probleme anzugehen und dem Recht auf Wasser für alle endlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Natürlich werden wir heute keine Patentrezepte erfinden. Aber wir finden es wichtig, dass das Wasserproblem wieder ernster genommen wird und nicht von der Wirtschaftskrise und der Klimadiskussion völlig verdrängt wird. Wir können das eine nicht vom andern trennen.

The Right to Water and Conflict

Catarina de Albuquerque, Independent Expert on the issue of human rights obligations related to access to safe drinking water and sanitation of the UN Human Rights Council, Geneva

It is a pleasure to be here with you today, thank you for inviting me. I have been impressed since taking up my mandate by the devotion and dedication of people like you, active in the area of water and human rights. It is your energy and commitment which ensures that we advance the dialogue on these issues and continue to work towards solutions which protect all human rights. The fact that many of you have been working on water and sanitation for many years also makes my life as an Independent Expert much easier as it provides me with the skills, experience and knowledge of invaluable partners!

I would like to make my presentation in three general parts, first outlining the right to water as defined by the Committee on Economic, Social and Cultural Rights (CESCR), then looking at conflict and water, including protecting the right to water before, during and after conflict, as well as water as a source of conflict. Finally, I will explain the mandate that has been given to me by the Human Rights Council, and how my mandate might be used in analysing these situations.

The Right to Water

The Committee on Economic, Social and Cultural Rights, which monitors the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, as you probably know, adopted General Comment 15 on the right to water in 2002. Interestingly, the right to water is not expressly mentioned in the Universal Declaration for Human Rights, nor the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. However, the Committee has interpreted the Covenant as including a right to water, which is defined therein as «the right of everyone to sufficient, safe, acceptable, physically accessible and affordable water for personal and domestic uses». According to the Committee, the right to water is consecrated in article 11 of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights «implicitly», since that provision uses an open formulation as it guarantees the «right of everyone to an adequate standard of living for himself and his family, including adequate food, clothing and housing, and to the continuous improvement of living conditions». The word «including» would mean, according to the Committee, that the catalogue of rights contained in article 11 was not intended to be exhaustive. To justify this assertion, the Committee remarks that «the right to water clearly falls within the category of guarantees essential for securing an adequate standard of living, particularly since it is one of the most fundamental conditions for survival».

«I have been impressed since taking up my mandate by the devotion and dedication of people like you, active in the area of water and human rights. It is your energy and commitment which ensures that we advance the dialogue ... »

The Committee went on to outline the normative content of the right to water as follows:

- Availability: Water supply for each person must be sufficient and continuous for personal and domestic uses;
- Quality: The water for these uses must be safe;
- Accessibility: Water and water facilities and services must be accessible to everyone without discrimination – that means both physically accessible, and

«Systemic discrimination and marginalization frequently manifests in denials of economic, social and cultural rights, including the right to water.»

economically accessible (or affordable). It also includes a right to seek, receive and impart information concerning water uses.

The General Comment also details the specific legal obligations of States to guarantee the right to water – namely,

- the duty to respect or to refrain from violating the right;
- the duty to protect, or to ensure third parties do not interfere with enjoyment of the right, and
- the duty to fulfil, which includes obligations
  - › to facilitate the right by taking positive measures to realize it,
  - › to promote the right through public education and other measures, and
  - › to fulfil or provide the right when individuals are unable to realize it on their own.

Thus, working with the Committee's understanding of the right to water, how must this right be guaranteed before, during and after conflict? Like all economic, social and cultural rights, States are obligated to respect these rights at all times. Particularly noteworthy is that these rights (contrary to what is the case regarding many of the civil and political rights contained in the Covenant on Civil and Political Rights, ICCPR) are non-derogable, meaning that States cannot excuse themselves from guaranteeing these rights during times of emergency. Thus, following the framework laid out by the Committee, States must respect, protect and fulfil the right to water.

Conflict

Systemic discrimination and marginalization frequently manifests in denials of economic, social and cultural rights, including the right to water. In fact, where certain groups lack access to safe drinking water, it is frequently a symptom of larger societal discrimination and exclusion. It has been widely observed, and clearly articulated in the UNDP Human Development Report focusing on water in 2006, that poor people are «systematically excluded from access [to safe water] by their poverty, by their limited legal rights or by public policies that limit access to the infrastructures that provide water for life and for livelihoods». That report concluded that «scarcity is manufactured through political processes and institutions that disadvantage the poor». Although not enough research has been undertaken on the connections between violations of economic, social and cultural rights and armed conflict, some authors have pointed to the fact that «both absolute and relative deprivation should prompt violence by generating grievances. Individuals deprived of food, water and shelter may be so miserable that they rise up against governments or other powerholders, using violence to redistribute wealth and reclaim their dignity». When examining the Human Development Index [from 1990 to 2003], we can see that there is a relationship between low HDI scores [The HDI is a composite of indexed national achievements in three dimensions of human well-being: a) the ability to lead a long and healthy life (measured by life expectancy at birth); b) educational attainment (measured by adult literacy rate and the gross enrolment ratio for primary, secondary and tertiary schools); c) a decent standard of living (measured by GDP per capita in $ Purchasing Power Parity)] and internal conflict; 20 countries in the bottom quintile experienced conflict, while only eleven did not. In the top quintiles, by contrast, 27 countries were peaceful, while only three were violent. Interestingly, however, the intermediate quintiles had a mixed record. There is, however more study and analysis needed to better establish these links.

Moreover, during conflict, human rights violations are particularly common, including violations of the right to water, as defined by the Committee on Economic, Social and Cultural Rights. Conflicts present specific concerns about water and humanitarian law prohibits, both in international and non-international armed conflict, «attacks against objects indispensable to the survival of the

civilian population, such as [...] drinking water installations and supplies». There are also provisions regarding the prohibition to attack installations containing dangerous forces (including against digs or dams), as well as general rules concerning the protection of the natural environment (these do not, however, apply to internal armed conflicts).

Furthermore, in post conflict periods, and during processes of transitional justice, it is particularly important to emphasize full respect for economic, social and cultural rights, including the right to water. Violations which occurred during the conflict should be identified and addressed. Furthermore, to the extent that the conflict stemmed from socio-economic inequalities, including in the enjoyment of economic, social and cultural rights, these must be tackled, as a fundamental legal obligation, and in order to build a sustainable peace.

Of particular interest to this Conference, water itself can be a source of conflict. As mentioned in an article in the *Le Monde,* «L'eau peut modeler l'Histoire. Faire ou défaire un roi, être instrument d'oppression ou même arme de guerre». It is undeniable that conflicts over limited natural resources abound, including conflicts over water. Conflicts over drinking water are also reported around the world – for example between communities using water for personal uses and industrial actors using water and in some cases, threatening the safety of drinking water by polluting it. There are also conflicts between States and regions within States about sharing limited water resources. Some have identified 6 different ways in which an armed conflict can be related to water:

1) Control of water, where water supplies or access to water is at the root of tensions;
2) Water is a military tool: where water resources or water systems themselves are used by a nation or state as a weapon during a military action;
3) Water as a political tool: where water resources or water systems themselves are used by a nation, state, or non-state actor for a political goal;
4) Water as a tool for terrorism: where water resources or water systems are either targets or tools of violence or coercion by non-state actors;
5) Water as a «military target»: where water resource systems are targets of military actions by nations or states;
6) Water and development disputes: where water resources or water systems are a major source of contention and dispute in the context of economic and social development.

Some, including Boutros Boutros Ghali, have described the situation in a very alarming mode, saying for example that «The waters of the Nile will be the cause of the next war in our region, not politics».

Others have tried to minimize these alarmist statements. Homer-Dixon, director of the Peace and Conflict Studies Program at the Toronto University denounced «the myth of global waters war». Peter Gleick, President of the Pacific Institute, also refuses to see the 21st century as the «water wars century», «because wars never are about one issue».

«Despite the comprehensive work of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights in General Comment 15, and widespread recognition of the right to water, there is still resistance at the international level to adress this right.»

His extremely interesting «Water Conflict Chronology» explores precisely the interrelationship between water resources, water systems, and international security and conflict. The water conflict chronology tracks and categorizes events related to water and conflict since 1503.

Mandate

Now, to explain my mandate. I feel it is important to note the particularities of my mandate, and the controversial issues which surround it. I have been appointed as the Independent Expert on the issue of human rights obligations related to access to safe drinking water and sanitation. This mandate was established following up on a study which was

«Nearly 40 per cent of the world's population have no access to improved sanitation. Globally it is estimated that 1.6 million people die each year from water and sanitation related causes – the vast majority of those affected being children under five.»

carried out by the High Commissioner for Human Rights and submitted to the Council in 2007. That study, which examined the scope and content of the relevant human rights obligations related to equitable access to safe drinking water and sanitation under international human rights instruments, concluded that several issues related to this subject warranted further study. Subsequently and in response to that conclusion, the Human Rights Council created my mandate. I am called upon to carry out several tasks:

(a) Developing a dialogue with various stakeholders to identify, promote and exchange views on best practices related to access to safe drinking water and sanitation, and, in that regard, to prepare a compendium of best practices;
(b) Advancing the work by undertaking a study on the further clarification of the content of human rights obligations, including non-discrimination obligations, in relation to access to safe drinking water and sanitation;
(c) Making recommendations that could help the realization of the Millennium Development Goals, in particular of Goal 7.

It is particularly the second task that I would like to elaborate on today – the clarification of human rights obligations in relation to access to safe drinking water and sanitation. But first, I would note a couple of important things about this resolution establishing my mandate – the right to water is never mentioned; it is very specific about *drinking* water, not water for other uses; and it specifically excludes transboundary water issues. These specifications reflect the complex political reality surrounding water – and I think the focus of this meeting on conflict and water also must recognize the controversial nature of this essential material. Despite the comprehensive work of the Committee in General Comment 15, and widespread recognition of the right to water, there is still resistance at the international level to address this right. Furthermore, there is resistance to a holistic understanding of water – limiting my mandate to drinking water and excluding transboundary water issues, seemingly setting aside the wider environmental implications. Nevertheless, the political process is a long one, and I have confidence that especially by focusing on task 2 – clarifying of human rights obligations in relation to access to safe drinking water and sanitation – we will advance the dialogue on not only the right to water and its narrow application to personal and domestic uses, but also develop a better understanding of the human rights implications of other issues fundamentally related to water.

Now, considering task 2 of my mandate, I have decided to especially look at the issues identified in the study of the Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) as requiring further clarification, as my starting point. In this regard, and I think particularly interesting for our discussions today, the OHCHR study noted that the issue of prioritization of different water uses needs to be more fully elaborated. In considering water as a source of conflict, it seems to me clear guidance on prioritization of different uses is essential. The Committee made it clear that water for personal and domestic uses should be prioritized over other uses. It further specified that «Priority should also be given to the water resources required to prevent starvation and disease, as well as water required to meet the core obligations of each of the Covenant rights». However, the OHCHR study remarked that «Once a sufficient amount of safe drinking water to prevent disease has been secured for all, allocation of water among various uses – water for personal and domestic uses beyond this sufficient amount, water to produce food, water to sustain livelihoods, or water to ensure environmental hygiene – remains unclear». I would posit that clarifying obligations in this regard would

contribute towards a better understanding of obligations in cases of water as a source of conflict. I hope to focus on this issue in the coming years of the mandate.

I intend to carry out country visits to examine issues related to water and sanitation on the ground. In this regard, I anticipate that I will visit post-conflict situations, and hope that I will be able to identify good practices in the area of addressing violations of economic, social and cultural rights, including the right to water, in the aftermath of conflict. Country visits will provide an important opportunity to engage in a deeper dialogue with Governments on these issues.

Now, I have not said anything yet about sanitation, which is a central part of my mandate. Nearly 40 per cent of the world's population, that is about 2.5 billion people, have no access to improved sanitation. Globally, it is estimated that 1.6 million people die each year from water and sanitation related causes – the vast majority of those affected being children under five. It is easy to imagine that these terrible numbers are further augmented by situations of conflict. I have decided to focus my first year on clarifying the human rights obligations related to access to sanitation, including during times of conflict.

Concerning violations of the right to water before, during and after conflict, I would particularly encourage stakeholders to consider the newly adopted Optional Protocol (OP) to the CESCR as a potential tool. Now I am reverting back to a former role, but in this context, I think it is particularly relevant. In fact the OP is (potentially) an exceptional tool that will enable individuals and groups of individuals to present complaints before the CESCR in cases of alleged violation of their ESC-rights. The OP also enables the CESCR to undertake inquiries (with in situ visits) in cases it receives information on alleged grave or systematic violations of any of the rights contained in the Covenant.

«Wenn die Wahrheit lange ausgeblieben ist, kommt sie schliesslich über das Wasser.»
(Afrikanisches Sprichwort)

Das Konfliktpotenzial von Wasser aus entwicklungspolitischer Sicht

Rosmarie Bär, Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut», Koordinatorin für Entwicklungspolitik bei Alliance Sud, Bern

«Whisky ist zum Trinken da, Wasser um darum zu kämpfen.» Dieses ironische und heute vielleicht zynisch wirkende Bonmot stammt von Mark Twain, dem amerikanischen Schriftsteller und Autor von Tom Sawyers und Huckleberry Finns Abenteuern. Wer kennt sie nicht, diese spannende Jugendgeschichte. Sie spielt an den Ufern und auf den Wellen des Mississippi, einem der längsten Flüsse der Erde, der die Siedlungsgeschichte der USA mitgeprägt hat. Mark Twains besorgter Blick war damals auf Kalifornien gerichtet, Sonnenstaat zwar, aber auch eine Gegend mit Wassermangel und den daraus entstehenden Verteilkonflikten. Sozialkritisch und pessimistisch war der 1910 gestorbene Weltliterat allemal. Aber kein solcher Visionär, um vorauszusehen, dass nur 100 Jahre nach seinem Tod Wasser für die Menschheit zu einer Schicksalsfrage geworden ist.

Wenn 1.2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben und täglich 4'000 Kinder unter 5 Jahren an den Folgen von verschmutztem Wasser sterben, müsse von einer globalen Krise gesprochen werden, hält die Uno fest. In der Tat: Ums Wasser steht es schlecht. Der Verbrauch nimmt rasant zu und die Verfügbarkeit ab. Wasser wird ausgebeutet, übernutzt, verschwendet, ist verseucht und verschmutzt. Nicht bloss im Westen der USA, sondern auf allen Kontinenten der Erde wird das Wasser stetig knapper, das Konfliktpotenzial immer grösser und die Verteilungsfrage immer drängender.

Deutliche Aussagen kamen Ende Januar vom Weltwirtschaftsforum (WEF) aus Davos. Es legte in einer Studie dar, dass sich der Kampf um Wasser zuspitzt. Das WEF warnte gar vor einem weltweiten Zusammenbruch der Wasserversorgung. In weniger als 20 Jahren werde Wassermangel zu Ernteausfällen führen, die den aktuellen Ernten von Indien plus der USA entsprächen. Die Lage werde sich noch verschärfen, weil etwa 70 grosse Flüsse weltweit kurz vor dem Austrocknen stehen. Mark Twains Mississippi gehört heute zu den Flüssen, denen auf ihrem Weg ins Meer so viele Schadstoffe zugeführt werden, dass ihre Mündungsgebiete – hier der Golf von Mexiko – Todeszonen genannt werden. Alles Lebendige, Fauna und Flora – Nahrung und Existenzgrundlage von Millionen von Menschen – wird geschädigt oder gänzlich zerstört. Grosse publizistische Wellen haben die schlechten Nachrichten aus Davos nicht geworfen. Die Wasserkrise ist im Strudel der Finanzkrise untergegangen.

Die meisten Länder, die heute unter Wassermangel leiden, liegen auf der

«Mark Twains Mississippi gehört heute zu den Flüssen, denen auf ihrem Weg ins Meer so viele Schadstoffe zugeführt werden, dass ihre Mündungsgebiete – hier der Golf von Mexiko – Todeszonen genannt werden.»

südlichen Halbkugel der Erde und gehören zu den Entwicklungsländern. Die Uno-Entwicklungsbehörde UNDP stellte 2006 in ihrem Report über die menschliche Entwicklung fest: «In vielen Entwicklungsländern verschärft sich die Konkurrenz um Wasser in einem beängstigenden Tempo und führt dabei zu heftigen – manchmal gewaltsamen – Auseinandersetzungen.» Über 80 Staaten leiden mittlerweile unter chronischer Wasserknappheit. Am stärksten betroffen sind grosse Teile Afrikas. Eine extrem kritische Entwicklung findet in Nordafrika und im Nahen Osten statt. Dazu hat mich eine Aussage des heutigen Bürgermeisters von Kana, der biblischen Stadt in Galiläa beeindruckt. Sie wissen, in Kana hat Jesus, gemäss Bibel, an einer Hochzeitsfeier Wasser in Wein verwandelt. Wadih Awawdé kommentierte diese Wundergeschichte folgendermassen: «Wenn Jesus heute nach Kana käme, würden wir ihn bitten, aus Wein Wasser zu machen.»

Nebst einer wachsenden Weltbevölkerung verschärfen sich die Verteilprobleme durch einen zunehmenden Wasserbedarf seitens der Landwirtschaft, der Industrie und immer mehr auch seitens des Tourismus. Ich nenne nur eine Zahl: Um in einem warmen und meist wasserarmen Land einen 18-Loch-Golfplatz grün zu halten, muss er täglich mit bis zu 2.3 Millionen Litern Wasser besprengt werden. Auch Infrastrukturanlagen, allen voran Staudämme zur Energiegewinnung, führen zwischen verschiedenen Staaten und innerhalb einzelner Länder zu Konflikten. Schwindende Wasserressourcen können politische Regime dazu verleiten, Wasser als Steuerungsinstrument (man könnte auch sagen als Erpressungsmittel) in innenpolitischen Konflikten oder zur Durchsetzung machtpolitischer und hegemonialer Ansprüche in der internationalen Politik einzusetzen. Keine Frage – wer Wasser hat, kann Macht ausüben.

«Bedrohungsmultiplikator» Klimawandel

Zum grössten Feind des Wassers ist die Klimaveränderung geworden. In einem EU-Dokument mit dem Titel «Klimawandel und internationale Sicherheit» wird der Klimawandel als «Bedrohungsmultiplikator» bezeichnet, weil er politische Spannungen und Instabilitäten verstärke. Genannt werden an erster Stelle Konflikte um die Ressource Wasser. Die Gletscher des Himalaja, Wasserquellen für 2 Milliarden Menschen auf dem indischen Subkontinent, schmelzen in beängstigendem Tempo. Die Gletscher in den Tropen schrumpfen noch schneller. So hat die Trinkwasserversorgung von Lima, der Hauptstadt Perus, bereits stark abgenommen und stellt eine reale Gefahr für die menschliche Zukunft dar.

Im diesjährigen Entwicklungsbericht der Uno ist zu lesen, die Hauptlast des Klimarisikos trügen die Landwirtschaft und die Entwicklung im ländlichen Raum. Dort leben die armen Menschen, die mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen müssen. Lange Dürreperioden und sintflutartige Regenfälle mit Überschwemmungen bedrohen die Lebensgrundlagen dieser Menschen. Die Schwankungen der Niederschläge machen den entscheidenden Unterschied aus zwischen ausreichender Ernährung und Hunger, zwischen Gesundheit und Krankheit und letztlich zwischen Leben und Tod.

«Über 80 Staaten leiden mittlerweile unter chronischer Wasserknappheit. Am stärksten betroffen sind grosse Teile Afrikas. Eine extrem kritische Entwicklung findet in Nordafrika und im Nahen Osten statt.»

Verschärfend kommt hinzu, dass die Landwirtschaft weltweit die grösste Wasserverbraucherin ist. Über 70 Prozent – in Entwicklungsländern über 80 Prozent – des von Menschen genutzten Wassers fliessen in die Nahrungsmittelproduktion. Bereits heute basieren 40 Prozent der weltweiten Lebensmittelproduktion auf künstlicher Bewässerung.

Nur, der Grossteil der Produkte aus der Bewässerungslandwirtschaft steht nicht zur Ernährung der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung. Bewässert werden vor allem Exportmonokulturen wie Baumwolle, Soja, Obst und Gemüse sowie Blumenplantagen. In vielen Ent-

wicklungs- und Schwellenländern verschärft der Anbauboom von Agrotreibstoffen die Konkurrenz um das ohnehin knappe Wasser zusätzlich. Aus riesigen Monokulturen von Zuckerrohr, Soja, Ölpalmen oder Mais werden Bioethanol und Diesel für unsere Autos hergestellt und als Beitrag zum Klimaschutz propagiert. Die Fakten sehen anders aus: Um 1 Liter Bioethanol zu produzieren, braucht es rund 5'000 Liter Wasser. Nestlé-Präsident Peter Brabeck nannte dies einen «ökologischen Wahnsinn». Für einmal bin ich mit ihm einig.

«Um in einem warmen und meist wasserarmen Land einen 18-Loch-Golfplatz grün zu halten, muss er täglich mit bis zu 2.3 Millionen Litern Wasser besprengt werden.»

Fazit: Klimapolitik ist in höchstem Masse Wasserpolitik. Ohne Klimaschutz wird sich die Wassersituation dramatisch verschärfen. Das Post-Kyoto-Abkommen, das von den Uno-Staaten im kommenden Dezember in Kopenhagen verabschiedet werden sollte, muss die CO_2-Emissionen drastisch reduzieren. Klima- und Energiepolitik sind in Zukunft wichtige Instrumente der Krisenprävention und der Friedenssicherung.

Wenn wir mit Besorgnis auf die Landwirtschaft schauen und Wege aus der globalen Wasserkrise suchen, müssen wir auch ernsthaft thematisieren, welche Spuren, welchen «Wasser-Fussabdruck» der Konsum und der Lebensstil der westlichen Länder im Wasserhaushalt anderer Teile der Welt hinterlässt. «Die Industriestaaten hinterlassen heute einen Fussabdruck, der punkto Wasserverbrauch drei bis vier Mal zu gross ist», mahnte der renommiere Berner Klimatologe Heinz Wanner letzten Sonntag in seiner Predigt zum Thema «Gerechtigkeit im Klimawandel». Nehmen wir die Schweiz als Beispiel. Jede und jeder von uns verbraucht durchschnittlich 160 Liter Wasser im Tag für Kochen, Wäschewaschen, Duschen und WC-Spülen. Rechnen wir das Wasser, das in importierten Nahrungsmitteln, in Kleidern etc. enthalten ist, kommen wir auf 4'000 Liter pro Tag. In einer einzigen Tomate aus Marokko, die im Moment bei den Grossverteilern angeboten werden, stecken 13 Liter virtuelles Wasser, in einem Glas Orangensaft 170 Liter, in einem Baumwoll-T-Shirt 20'000 Liter.

Viele Quellfassungen, vor allem im Orient, tragen die Inschrift: «Vom Wasser ist alles Ding lebendig.» Will heissen, Wasser ist die Quelle allen Lebens. Diese unumstössliche Tatsache muss an einer Tagung wie heute einmal mehr unterstrichen werden. Wasser ist ein öffentliches Gut, das durch nichts ersetzt werden kann. Bei der Ausgestaltung des humanitären Völkerrechtes, das in bewaffneten Konflikten vor allem die Zivilbevölkerung schützen soll, wurde dieser unumstösslichen Tatsache Rechnung getragen. Für das Leben der geschützten Personen müssen Mindestbedingungen erfüllt sein. Dazu gehört Wasser.

Konfliktträchtige Flüsse

«Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden nicht um Öl, sondern um Wasser geführt», prophezeite 1986 der damalige ägyptische Aussenminister und spätere UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali. Denn weltweit gibt es mehr als 260 grenzüberschreitende Fluss- und Seegebiete. Besonders hoch ist das Konfliktrisiko dort, wo Wasserknappheit und politische Spannungen zusammentreffen. Die Liste der Flussgebiete, die eigentliche Krisenherde bilden, ist lang: Euphrat und Tigris erzeugen Spannungen zwischen der Türkei, Syrien und Irak. Als Unteranrainer der beiden Flüsse sind der Irak und Syrien zudem darauf angewiesen, dass die Türkei, in deren Staatsgebiet die Quellen der Ströme liegen, genug Wasser für die anderen Länder übrig lässt. Aber die Türkei beklagt den Wassermangel im eigenen Land und hat mit ihrem gigantischen Südostanatolienprojekt dem Kampf ums Wasser eine neue Dimension hinzugefügt. Das Südanatolienprojekt hat bei uns Schlagzeilen gemacht durch den Ilisu-Staudamm, dessen Bau mit Schweizer Exportrisikogarantie begonnen wurde und dessen Finanzierung – auf Druck der NGOs in der Schweiz, Deutschlands und Österreichs – sistiert wurde.

Beim Mekong sind es die vietnamesischen Bauernfamilien im Flussdelta, die darunter zu leiden haben, dass eine wachsende Zahl von Staudämmen am Oberlauf des Flusses die Wassermenge und die Strömungsverhältnisse gravierend verändern. Die Wanderung der Fische stromaufwärts und abwärts ist durch die Staudämme erschwert, viele Fischarten können so nicht überleben: Als Folge werden Millionen von Menschen von ihrer wichtigsten Proteinquelle abgeschnitten.

Konfliktträchtige Flüsse sind auch der Ganges und der Bramabuthra zwischen Indien und Bangladesch (ein Hot-Spot) sowie der Jordan zwischen Israel und Palästina. Davon werden wir heute hören. Auch das Nilwasser ist Stoff für Konflikte; das Einzugsgebiet des längsten Flusses der Welt erstreckt sich über zehn Länder (Ägypten, Sudan, Äthiopien, Demokratische Republik Kongo, Burundi, Ruanda, Uganda, Kenia, Tansania und Eritrea).

Der ägyptische Präsident Anwar el-Sadat hatte 1978 in Camp-David beim Friedensschluss mit Israel festgestellt: «Die einzige Sache, die Ägypten wieder in den Krieg führen könnte, ist Wasser.» Schon Jahre vorher drohte er angesichts äthiopischer Staudammpläne am Blauen Nil: «Wer mit dem Nilwasser spielt, erklärt uns den Krieg!»

International ist in den letzten Jahren das Bewusstsein dafür geschärft worden, welches zwischenstaatliche Konfliktpotenzial in der wachsenden Knappheit von Wasser liegt. Aus diesem Bewusstsein heraus ist glücklicherweise an vielen Orten Kooperation entstanden. Zahlreiche internationale und bilaterale Verträge regeln heute die gemeinsame Nutzung von grenzüberschreitenden Gewässern.

Soziale Verteilkonflikte

Auf innerstaatlicher Ebene hat die Wasserknappheit vielerorts zu wachsenden Verteilkonflikten geführt. Wird Teilen der Gesellschaft der Zugang zu sauberem Trinkwasser genommen, führt dies zu sozialen Unruhen. Eine Situation, die wir von Cochabamba in Bolivien kennen. Durch die Privatisierung der Wasserversorgung wurde Wasser für die arme Bevölkerung zu einer unerschwinglichen Ware. Das Verteilproblem spitzte sich zu und provozierte einen Aufstand. Bedrohlich sind in verschiedenen afrikanischen Ländern gewaltsame Konflikte zwischen Sesshaften und Nomaden, zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern oder zwischen der Bevölkerung und Regierungsinstitutionen. Solche Konflikte werden in der internationalen Presse oftmals vereinfacht als «ethnische Konflikte» bezeichnet.

«Schwindende Wasserressourcen können politische Regime dazu verleiten, Wasser als Steuerungsinstrument in innenpolitischen Konflikten oder zur Durchsetzung machtpolitischer und hegemonialer Ansprüche in der internationalen Politik einzusetzen.»

Wasserrechte spiegeln Machtstrukturen

Strategien im Umgang mit der zunehmenden Wasserknappheit haben sich lange – zu lange – auf technische Möglichkeiten zur Erhöhung des Wasserangebotes konzentriert und dabei die sozioökonomischen und die kulturellen Aspekte der Wassernutzung vernachlässigt. Gerade wegen der ökologischen Verknappung des Wassers müssen die strukturellen sozioökonomischen Konfliktursachen gezielt angegangen werden. Sie hängen eng mit der Marginalisierung von ethnischen, sozialen, politischen Bevölkerungsgruppen zusammen. Das UNDP schreibt dazu: «Wenn sich die innerstaatliche Wasserkonkurrenz verschärft, werden die Menschen mit den schwächsten Rechten zusehen müssen, wie ihr Wasserzugang durch mächtigere Interessengruppen beschnitten wird.»

In vielen Ländern, die unter Wasserknappheit leiden, spiegeln die lokalen und nationalen Verteilungsprioritäten gesellschaftliche Machtstrukturen wider. Ja mehr noch, sie sind oft unmittelbar für deren Erhalt verantwortlich. Dies zeigt sich am Beispiel von Marokko. Das Königshaus sicherte sich bei der Unabhängigkeit des Landes die Loyalität einflussreicher ländlicher Eliten, indem es ihnen

Grundstücke mit den dazugehörenden Wasserrechten vergab. Noch heute wirken sich diese Strukturen auf die Verteilung des knappen Wassers aus. Eine Studie weist für die Region Souss in Südmarokko einen direkten Zusammenhang nach zwischen der Tiefe der privaten Bohrlöcher und dem Wohlstand der jeweiligen Landwirte, der aus dem Anbau rentabler, bewässerter Exportkulturen resultiert. Die weniger tiefen Brunnen der Kleinbauern trocknen dagegen zunehmend aus, und immer öfter leidet auch die Trinkwasserversorgung der Dörfer. Die nutzbare Ackerfläche und deren Erträge verringern sich rapide, die Landflucht nimmt entsprechend zu.

In Indien gibt es ähnliche Konflikte um Pumpen und Wasser. Hier bestehen zusätzliche Konflikte mit grossen Konzernen wie zum Beispiel Coca-Cola. Der Boom der Softdrink- und Flaschenwasserverkäufe in Indien stellt die Anbieter vor das Problem, wo sie die erforderlichen Mengen Wasser für die Abfüllung der Flaschen, vor allem aber für die Reinigung der gebrauchten Flaschen beschaffen können. In einigen indischen Bundesstaaten reicht der Besitz eines Grundstücks aus, um das Recht zu haben, Brunnen zu bohren und eine beliebige Menge Wasser zu fördern. Diese Bestimmungen stammen aus der Zeit der handgegrabenen Brunnen und der Wasserförderung mit Eimern. Jetzt aber werden Tiefbrunnen gebohrt und mit Motorpumpen grosse Mengen Grundwasser zur industriellen Nutzung gefördert. In Plachimada im Bundesstaat Kerala in Südindien hat dieses Vorgehen von Coca-Cola zu einem landesweit beachteten Konflikt mit den lokalen Bauernfamilien geführt. Die starke Übernutzung der Wasserressourcen durch den internationalen Konzern hatte nämlich zur Folge, dass die Brunnen der örtlichen Bevölkerung, die nur eine geringe Tiefe haben, austrocknen.

«Klimapolitik ist in höchstem Masse Wasserpolitik. Ohne Klimaschutz wird sich die Wassersituation dramatisch verschärfen.»

Wasser braucht den Schutz des Völkerrechts

Aus dem bisher Gesagten ist klar geworden: Fragen des Zugangs zu Wasser sind Fragen der Gerechtigkeit und des Überlebens. Es geht in Zukunft ums faire Teilen. Den wegweisenden Grundsatz hielt die Staatengemeinschaft vor 17 Jahren am Erdgipfel von Rio fest: «Zukunftsfähig ist nur eine gerechte und faire Verteilung des Wassers zwischen den verschiedenen Nutzergruppen, zwischen verschiedenen Staaten, zwischen Mensch und Natur.»

Wir müssen uns also die Frage stellen: Wie kann eine gerechte und effiziente Verteilung erreicht werden? Wie sind die Prioritäten zu setzen? Welcher Verteilschlüssel wird angewendet, damit alle das Wasser bekommen, das sie benötigen, um ihren menschlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Bestrebungen gerecht zu werden? Und: Wie lässt sich sicherstellen, dass die Umwelt dabei nicht zerstört wird, sondern im Gegenteil sich weiterhin als Grundlage aller menschlichen Aktivitäten entfalten kann?

In der Uno-Millenniumserklärung, mit der die Entwicklungsziele bis 2015 von der Staatengemeinschaft verabschiedet wurden, findet sich ein Passus, wie die Ausgestaltung der Politik im Wasserbereich zu geschehen hat: «Wir beschliessen, in allen die Umwelt betreffenden Massnahmen eine neue Ethik der Erhaltung und pfleglichen Behandlung der Umwelt zu verfolgen. Wir beschliessen, der auf Dauer nicht tragbaren Ausbeutung der Wasserressourcen eine Ende zu setzen, durch Entwicklung regionaler und nationaler Wasserwirtschaftsstrategien, die sowohl einen fairen Zugang als auch ausreichende Vorräte fördern.»

Im Klartext heisst das: Wasser braucht das Primat der Politik. Es braucht, auf allen Stufen des Staates, was heute mit «Good Governance», guter Regierungsführung, bezeichnet wird. Good Governance bedarf rechtlicher Grundlagen, die sich auf universell anerkannte Rechte stützen. Die grundlegendste Verpflichtung sind die Menschenrechte, zu denen das Recht auf Wasser gehört. Die Staaten haben die Pflicht, diese Rechte zu verwirklichen und zu schützen. Hätten sie einen Rechts-

anspruch auf Wasser, würden Bittstellende zu Berechtigten. Wasser soll nicht länger als Almosen tropfen, sondern als Recht fliessen. Nur ist dies keine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Es braucht die Einsicht politischer Akteure und ihre Bereitschaft zur kooperativen Problembewältigung. Wir zählen deshalb auf den Menschenrechtsrat in Genf und nicht zuletzt auf eine aktive Rolle der Schweiz in diesem Gremium.

Das Menschenrecht auf Wasser bezieht sich aber ausschliesslich auf den Zugang zu Trinkwasser für den persönlichen und häuslichen Gebrauch. Wasser für die Umwelt, für das Ökosystem, die Pflanzen- und Tierwelt oder für die Landwirtschaft und damit für die Nahrungsproduktion ist darin nicht enthalten.

Das heisst: Wir müssen uns um den ganzen Wasserkreislauf sorgen, den ganzen Wasserkreislauf schützen. Am Anfang einer nachhaltigen Wasserpolitik müsste der langfristige Schutz der Quellgebiete, der Flüsse und des Grundwassers stehen. Ohne Wasser für das Ökosystem, für die Natur, kann es auch kein Trinkwasser für die Menschen geben, und das Menschenrecht auf Wasser kommt nicht zum Tragen.

«Strategien im Umgang mit der zunehmenden Wasserknappheit haben sich zu lange auf technische Möglichkeiten zur Erhöhung des Wasserangebots konzentriert und dabei die sozioökonomischen und die kulturellen Aspekte der Wassernutzung vernachlässigt.»

Mehr denn je zeigt sich: Wasser braucht den Schutz des Völkerrechtes. Alliance Sud und der Arbeitskreis «Wasser – ein öffentliches Gut» fordern deshalb seit längerem eine internationale Wasserkonvention, die Entwicklungs-, Umwelt- und Menschenrechte vereinigt und das Wasser als gemeinsames Gut der Menschheit schützt und Verteilungsgerechtigkeit zwischen den verschiedenen NutzerInnen herstellt. Wir stellen diese Forderung heute erneut und mit Nachdruck.

Wasser verlangt nach einer Ethik des Handelns, die ihre Wurzeln in der Bedeutung des Wortes Kultur haben müsste. Es bedeutet so viel wie pflegen und ehren. Dies aus dem einfachen Grund: Wasser ist Leben.

Fallbeispiel Schweiz

Revitalisierte Flüsse, Spitzenenergieproduktion und landwirtschaftliche Ausgleichsflächen

Bernhard Wehrli, ETH-Professor für Aquatische Chemie, Direktionsmitglied Eawag und Stiftungsrat Greina-Stiftung, Zürich

Fliessgewässer in der Schweiz stehen im Wettstreit verschiedener Nutzungsinteressen: Die alpinen Kraftwerksbetriebe bauen ihre Kapazitäten für Spitzenenergie aus. Im Mittelland sind die Flüsse schon seit über hundert Jahren kanalisiert, um den Hochwasserschutz zu verbessern und Land zu gewinnen. Es gibt jedoch für beide Probleme neue Lösungsansätze.

«Im Mittel ist die hindernisfreie Fliessstrecke in unseren Gewässern gerade noch 750 Meter lang.»

Wasser für die Natur und den Strommarkt

In der Schweiz werden rund 55 % des Stromverbrauchs mit einheimischer Wasserkraft gedeckt[1]. Mit einem solch hohen Anteil steht die Schweiz im europäischen Vergleich an 4. Stelle – nach Norwegen, Island und Österreich. In der Schweiz sind praktisch alle grossen Fliessgewässer hydroelektrisch beeinflusst oder begradigt und kanalisiert[2]. Die betroffenen Gewässerökosysteme sind auf unterschiedliche Weise beeinträchtigt: Durch vollständige Wasserentnahmen werden ganze Gewässerabschnitte trocken gelegt, ungenügende Restwasserdotierungen schränken Lebensräume ein, monotones Abflussregime und Geschiebemangel verhindern vielerorts die Erneuerung der Habitate und in den Rückgabestrecken unterhalb von Kraftwerken gefährdet das Schwall-Sunk-Regime die Wasserorganismen.

Die aktuelle Gewässerschutzgesetzgebung sollte sicherstellen, dass bis Ende 2007 in allen Fliessgewässerabschnitten eine minimale Restwassermenge fliesst. Allerdings wurde Ende 2003 die Sanierungsfrist für Wasserfassungen von ursprünglich 15 auf 20 Jahre bis 2012 verlängert. Die quantitativen Vorgaben des Gewässerschutzgesetzes sind einfach und klar, sie stellen aber einen Kompromiss zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen dar.

Um einen Überblick zur bisherigen Umsetzung des quantitativen Gewässerschutzes in der Schweiz zu erhalten, haben wir im Rahmen eines Projekts an der Eawag die Fachstellen der Kantone angefragt und die Datenbank zu den Wasserfassungen sowie die Sanierungsberichte ausgewertet[3]. Die Restwassersanierungen werden in der Schweiz nur langsam umgesetzt. Der Stand des Vollzugs ist in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich: Von den insgesamt 491 sanierungspflichtigen Wasserfassungen wurde bisher knapp ein Viertel saniert. Die Umsetzung in den Gebirgskantonen müsste beschleunigt werden, um die Restwassersanierungen in der Schweiz bis 2012 abzuschliessen. Dazu braucht es eine klare politische Unterstützung und zusätzliche finanzielle Mittel. Bei fast 70 % der untersuchten Neukonzessionierungen wurden die Dotierwassermengen geringer oder entsprechend der Mindestrestwassermenge gemäss Art. 31 Abs. 1 des Gewässerschutzgesetzes festgelegt. Die Interessen für die Wasserentnahmen werden offensichtlich stärker gewichtet als Schutzansprüche. Neben einer ökologisch ausreichenden Dotierwassermenge ist insbesondere eine Dynamisierung bzw. saisonale Abstufung der Dotierwassermenge unter Berücksichtigung von Hochwasserereignissen erstrebenswert. Diese Regelung fehlt heute weitgehend.

Die Zukunftsaussichten für die Wasserkraft haben sich in jüngster Zeit stabi-

1 Bundesamt für Energie (BFE) 2008: Zur Situation der Wasserkraftnutzung (Stand Januar 2008).
2 Truffer, B., Bloesch, J., Bratrich, C. und Wehrli, B.: Ökostrom: Transdisziplinarität auf der Werkbank. In GAIA Vol. 7, No. 1, 1998, 26–35.
3 Uhlmann, V. und Wehrli B.: Wasserkraftnutzung und Restwasser – Standortbestimmung zum Vollzug der Restwasservorschriften, Eawag 2006.

lisiert. Neue Ausbauprojekte wie KWO-plus und Linth-Limmern zeigen, dass die Kraftwerkgesellschaften die Zukunft auch in der Veredelung der Energie durch Pumpspeicherkraftwerke erkennen. Neben der reinen Stromerzeugung übernehmen die Schweizer Wasserkraftwerke damit eine wichtige regulierende Funktion im nationalen und europäischen Verbundnetz. Die Wasserkraft dient als Puffer und kann teuer verkauft werden. Eine ökologische Pumpspeicherung zwischen zwei Stauseen kann damit den Ausbau von Wind- und Solarkraftwerken unterstützen und genügend Ertrag generieren, so dass wir uns die Sanierung der Restwasserstrecken leisten können. Die Greina-Stiftung hat dazu ein Konzept ausgearbeitet (siehe Abb. 1).

Landwirtschaftliche Nutzflächen für die Fliessgewässer?

Im Schweizer Mittelland sind die Flüsse meist begradigt, mit seitlichen Dämmen gesichert und mit Schwellen unterbrochen. Die künstliche Zerstückelung in kurze Abschnitte durch Barrieren ist in der Schweiz extrem hoch: 88'000 künstliche, über 50 Zentimeter hohe Hindernisse beeinträchtigen die Vernetzung der Gewässer und somit die ökologische Funktion. Im Mittel ist die hindernisfreie Fliessstrecke in unseren Gewässern gerade noch 750 Meter lang. Stark betroffen sind davon die Fische, im Speziellen Kleinfische wie die Groppe, aber auch die wirbellosen Tiere. Damit ein Fluss ein naturnahes Gerinne entwickeln kann, braucht er Raum. Moderne Hochwasserschutzprojekte sind deshalb zwingend mit Revitalisierungsmassnahmen verknüpft. Gewässer mit ausreichend Raum und Dynamik bringen weitgehenden Hochwasserschutz, dienen als Erholungsräume für Menschen und weisen vielfältige Strukturen und Lebensräume für Pflanzen und Tiere auf. Der benötigte Raum sichert den Geschiebetransport und vernetzt kritische Lebensräume. Solche Pufferzonen am Fluss sollten als ökologische Ausgleichsflächen angerechnet werden. Es braucht ein klares Programm für den Rückkauf oder Realersatz von Landwirtschaftsflächen, welche neu als Flussraum ausgewiesen werden.

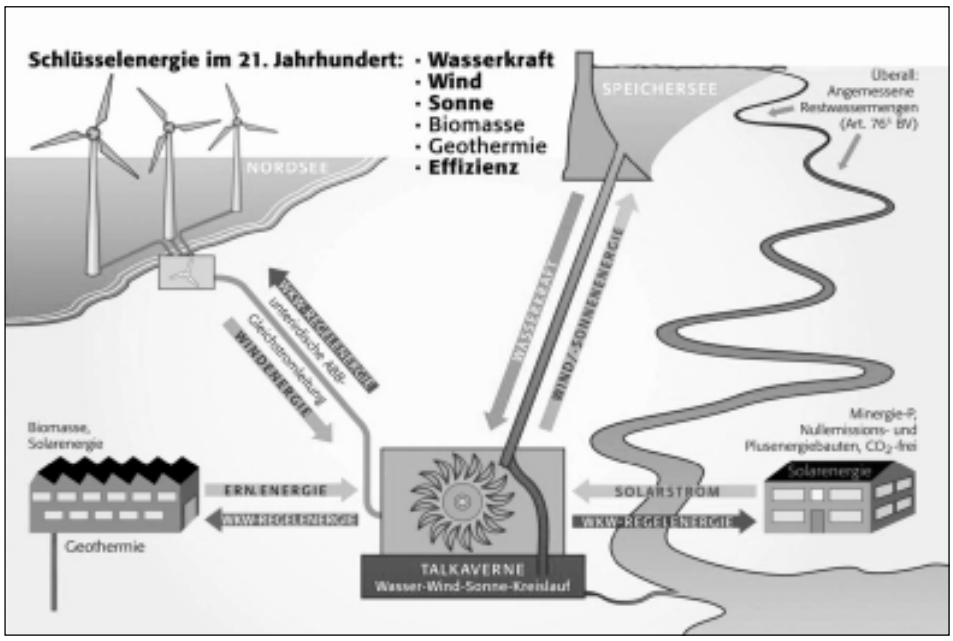

Abb. 1: Ökologische Pumpspeicherkraftwerke benützen vor allem überschüssige Wind- und Solarenergie zum Pumpen des Wassers vom Tal in den Bergspeicher – statt Atom- und Kohlestrom. Geschlossene Wasserkreisläufe entlasten die Restwasserstrecken, und die Spitzenenergieproduktion liefert hohe Erträge.

Case study of the Middle East

The role of water in the Israeli-Palestinian conflict

Fadia Daibes-Murad, Specialist in water law and policy, Representative of DanChurchAid's Middle East Programme, Jerusalem

Fadia Daibes-Murad died on 24 March in a traffic accident in Ramallah, two weeks after taking part in the conference in Berne. This text is a transcription of the oral presentation she gave.

My intervention this afternoon is about conflict over water. But let me start with a request. I request all of you, once you start listening to my presentation, just to think of the people, think of the impact of this conflict on the people themselves. And try for a while to forget the politicians, try to forget the decision makers who are really ruining our lives in one way or another. Just try to think of the people, and apply the same standards that you apply for yourselves in your nations and countries, for both the Palestinians and the Israelis. That is my request to you.

Water as a strategic factor

This morning we heard a lot about water rights and the limitations at the national and international levels to dealing with sensitive issues of the right of people to water. These limitations exist because politics, whether we like it or not, play a very important role in this whole picture. In the context of the Palestinian-Israeli conflict, we know that water has not been the only cause of the wars between Israel and Palestine, but was one of the principal elements leading to the 1967 war. When we look back at the map of the area and see how the boundaries were drawn, or how the area was shaped, we see that water was a strategic factor in determining what the area looks like now.

So I'm going to talk about a specific issue, but it's actually linked to a global issue. Because when we talk about the crisis in the world, we are talking about the Millennium Development Goals that have not been achieved so far. And we as nations in our countries must share in that global vision, and see how these principles impact us, how they influence our situation on the ground, and how they are being implemented or neglected in our regions.

The situation in Palestine is special, because we have three main equations:

- We have natural scarcity, a shortage of water, being an arid to semi-arid country. We are a country with no water, with minimal rainfall, and with minimal flow. We have no rivers flowing all over the place. We have one river, which is the Jordan River. And if you come to visit, you will see that this river is not like the Mississippi or like the Nile. It has far less water than those rivers. So we are talking about resources that are naturally scarce. This is causing conflict between the people who are competing for the use of this water, as they are competing for the same finite resources. We have no more.
- Equation number two is the occupation, which adds a layer of complexity to the aridity and the lack of water. Occupation means land grab, confiscation, and control. This creates conflict and crisis.
- Equation number three is the imbalance in the power structure, which we cannot deny. We have to be realistic, and look at who is the strong and who is the weak, and the role played by the power imbalance in allowing or prohibiting access to water. We heard this morning about accessibility, physical, or let's say moral accessibility. This is a major problem that is causing irrational and unequal utilisation, and one that will cause crisis. In this land, where peoples have fought and to which different cultures have come, the problems have never ceased – to this very day, perhaps from time immemorial.

In talking about the Jordan River I am also talking about the Holy Water, in

which, as we know from the Bible, people come to be baptised and to cleanse their sins. It is the area where sins are now being committed. This is the context we are talking about.

The Hydrological Unity of the Jordan River Basin

Now, let me talk a bit about hydrology, so as to explain what the Jordan River is and our analysis of why it should be shared by some nations. In the Jordan River valley or region, the water and the watershed itself are shared by the five countries of Jordan, Israel, Lebanon, Syria and the Palestinian areas, the Palestinian territory as they call it. Since 1967, the area has been shaped and reshaped according to where water sources are located. Full control was taken of the Jordan River in 1967, on Israeli military orders. Immediately after the occupation they issued military orders prohibiting any use by the Palestinians of those resources. The ground water below the Jordan River area too, which is also the main source of water in the region, was declared the property of the State. That was the first measure they implemented once the occupation was complete. That shows just how important, how significant water is in the overall setting.

I will take you through some of the practices followed from 1967 up to now. I won't go beyond that period. I just want to take it from 1967 onwards, because this is where we all agree that under the two-state solution we all believe in, and to which the international community is committed, there should be two states for two nations. This would mean sharing the resources in accordance with international humanitarian law and principles. But what happened after 1967 was that an integral territory became a Bantustan, a fragmented territory.

The Oslo Map

What Oslo brought about after 1967, and of course the 1993 agreements, was to divide up the area into pieces. There are areas to which Palestinian rule is restricted and areas that are still Israeli-controlled, to which Palestinians can have access but are allowed no control whatsoever. The Israeli controlled areas are much more than the Palestinian-ruled areas, which means we cannot have free access without being asked to show our permission. That also applies to access to our resources. Movement of people from one place to another is therefore subject to restrictions. Let's say I have a well or a farm in an Israeli-controlled area. I need to have a permit to go to that area. This means that my livelihood, my source of income, is completely cut off. So this kind of separation, geographical separation, which has been very well thought out in the West Bank, prohibits people from access to their land, access to their resources, and from improving their livelihood.

And let us not forget the separation between the West Bank and Gaza. That is another layer of separation that is disconnecting the people from one another, and also disconnecting them from land and water resources. It is very important to bear this geography in mind when we talk about the two-state solution. What two-state solution in this fragmented situation? This is very important to remember. I have talked about military orders, lack of access to the Jordan River, confiscation of land and water, etc. I do not wish to sound too depressing, but it is quite gloomy. In the end I will try to hold out some hope, or give myself some hope, and also tell you if you can help, because at the end of the day, I am here as a missionary. On this issue, I would like you to listen, but I would also not like to leave you without potential solutions, without trying to say how we can help this situation.

The national water carrier

To give you another idea of what's going on, here is a map showing the Jordan River [see fig. 1]. The line running from Galilee, the Sea of Galilee in the Bible, Lake Tiberias as we call it, is actually what they call the national water carrier.

«We have to be realistic, and look at who is the strong and who is the weak, and the role played by the power imbalance in allowing or prohibiting access to water.»

Fig. 1: The Israeli National Water Carrier (Source: PASSIA, 2002)

It transports water away from the basin. Water is thus taken from Lake Tiberias down to the coastal area, and down to the desert, to the Negev. There is a historical myth that making the desert bloom is something that will create – and confirm – existence, all throughout the land of Israel. Bringing water from the Jordan River down to the Negev actually strengthens Israeli existence and presence on the land. When you have agriculture, ideologically you are really there, you are cultivating your land and you are making areas green. This is what has happened in the desert. If you go to the Negev, you will see that all the land is green.

But what has happened to the Jordan River at the same time? If you take all the

water away from the basin, you're actually harming the lower Jordan, as there is no water flowing from Lake Tiberias down to the river. So if you wanted to go for baptism now, you would find no water. You would find it empty, and in fact dirty. Because if water doesn't flow naturally in a river – as all the hydrologists here would know – it will become slum-like and dirty, and the water will be unusable for any purpose whatsoever.

And now let us follow the Jordan River down to the Dead Sea. The Dead Sea is one of the most important, let's say, historical heritages in the region. The qualities of the Dead Sea are really among the most unique in the world. And now the Dead Sea is shrinking. The water table is falling by one meter every year. This is a serious problem in that we are losing the water in the Dead Sea year by year, because no water is flowing into it from the Jordan River. We therefore also have an alarming environmental disaster in the region. When we discuss this with environmentalists in Israel, they agree with us that it is serious. But we cannot stop the government from taking the water out of the basin, because it is an ideological, a political matter. So politics are again shaping activities and shaping the way things are in the region.

In this crisis, where there is no water, people – mainly women – have to walk ten kilometres to fetch water from springs and wells in an attempt to provide their families with safe water. The fact is that this water is not wholesome. It is of poor quality, as it is not monitored and can cause diseases to children and to the whole family. The contrast with the national water carrier is stark, and the asymmetry quite obvious. Huge carriers, giant pipelines taking water out of the country, leaving the nation, the local people with no access to water to meet their basic needs.

Rural areas also get water via water tankers – old steel tankers. They may be corroded inside, so that the water will be contaminated when it reaches the family. We do not know whether they take steps to clean them. We are also seeing evidence of amoebas, and a range of diseases – water-borne diseases. And it all goes back to this problem of water.

An authority without authority

Again, I want to talk a bit about the period of optimism we had from 1993 to 1995. The Oslo agreements were signed, and water was one of the issues discussed in these agreements. But unfortunately, in the interim agreement that the PLO signed with Israel in 1995, water was delayed to the final status negotiations. Why? Because water is very critical, very sensitive issue, as I have already explained, and so water was not one of the issues finally agreed upon in Oslo. What happened was that during the Oslo period they created the water authority, the Palestinian water authority, with which I worked for ten years. Unfortunately, this Palestinian water authority was given no authority. How can you create a water authority while keeping control of the water itself in the hands of another country? So until now, the water authority has been struggling with its mandate, its limited mandate. It cannot act as a real authority and regulate anything, because it is bound by the military orders issued by Israel since 1967.

«Unfortunately, the Palestinian water authority was given no authority. How can you create a water authority while keeping control of the water itself in the hands of another country?»

The water authority is still struggling to this very day, as it was given no real authority in 1995. And the pressure on them is great. They have to deliver, but at the same time they have no tools with which to deliver. It is therefore a dilemma, as they have no tools of governance. We talk about governance, good governance. We have good governance when we have the tools of governance. But there is no water governance for the Palestinians. These are the consequences of the imbalance in utilisation [see table 1].

The Israeli West Bank barrier

But let me not forget the wall. You have all heard of the wall that was started in 2003 and is still being built. This wall is not a fence. You read in the newspaper or you hear in the media that it is a

«In the Tulkarem and Qalqiliya areas, the wall has taken in the best groundwater resources, and the people in these areas must get a permit to go to their land.»

fence. It is not. It is eight meters high in places; it is made of concrete that is now topped with wire and fitted with sensors and cameras and all the latest technologies to ensure the complete separation of the two areas. The wall has confiscated yet more land. As we speak, more settlements are being built, more water, more land is being confiscated, and the wall has taken in all the areas with fertile land.

In the Tulkarem and Qalqiliya areas, the wall has taken in the best groundwater resources, and the people in these areas must get a permit to go to their land. There is a gate, and there is a soldier, and if they want to go and irrigate their land every day, they have to get a permit. And someone has to come and open the gate to allow them to go and cultivate their land. This has been happening up to now, but we don't know what the future holds, whether or not they will continue to open the gate. The key is therefore in their hands. Although this is a very serious issue, I am not saying that the wall is something really dramatic when it comes to water control, for control had already been taken many years ago. This is an add-on to Israeli practices in the areas.

When they start a new settlement, they simply uproot all the olive trees. Olive trees are the enemy of many soldiers. They hate olive trees, because olive trees are symbols for the existence of the Palestinians as well. We have been cultivating and growing olive trees since before the time of Jesus, and they hate olive trees, so they cut them down, they uproot them to make way for the settlement.

The asymmetry of power

On a theoretical level, the Israelis argue that they existed before us on the land. But this argument is endless, it won't get us to anywhere. It doesn't matter whether I existed before them or they existed before me; we both exist together now in this country. And we have to find solutions as to how to live together, how to share this resource together, and as you all agree, how to conserve this resource.

So they tell us not to argue, not to ask for freshwater. We can sell you desalinated water, they say, we can give you treated wastewater, and you can bring water from Turkey. These are the solutions Israel is proposing to us. We say, no problem. Desalinated water? Fine, but we don't have the money. We can't afford it. Mention was made this morning of the cost of one thousand Swiss francs for treating wastewater. It is the same for us. Treating one cubic meter of, let's say, sewage and seawater will cost us a lot of money, and as a nation we cannot afford it. So can you subsidize us, we ask the Israelis, can you let us have this water free of cost? For you have been using our freshwater. This is an argument that we make to them. They say, no, what's gone

Table 1: Israeli versus Palestinian water consumption (1999)

Item	Israeli Water Consumption			Palestinian Water Consumption		
Water use	Agricultural	Domestic	Industrial	Agricultural	Domestic	Industrial
Consumption [Mcm/yr]	1265	737	127	148	88	17
Ratio of Israeli water consumption against the Palestinian water consumption	8.5	8.4	7.5	1	1	1
Consumption [l/c/d]	574	334	58	140	83	16
Ratio of Israeli water consumption versus the Palestinian water consumption	4.1	4.0	3.6	1	1	1

is gone and that we must start afresh. This is where we differ with them. We are at odds with them in the Oslo process negotiations, and when it comes to the final status negotiations, we see no prospects either. So as long as they cling to this position, there will be no change in terms of progress toward finding solutions.

Finding solutions

International law is very important to us as Palestinians. We have to embrace it. In the conflict, in the solutions, we have to say that international law is important. But we must also realise that international law has no teeth when it comes to enforcement. We have seen it, and we are seeing and witnessing it. Having said this, we must find solutions in the spirit of international law, and find compromises such that we and the Israelis can benefit from any solutions we suggest. It sounds theoretical, idealistic, but I don't see any way around it. The Palestinians do not like my discourse because I talk about compromises. And when we talk about compromises, people think you're giving up your right. No! It's not about giving up a right, it's about reaching a mutually beneficial solution that will profit both parties perhaps in a similar way. Perhaps in a similar way – I'm not saying in a truly equal manner – but bringing more or less the same benefits. But how do we achieve that?

We need to have a vision. This is why wherever I go, I always look for the vision. I try to see if there is a strategy. Is there a common goal? Why are people cooperating? For example, we have so many Israelis and Palestinians working together as NGOs. The Palestinian Hydrology Group and Friends of the Earth were mentioned this morning, as striving to be good water neighbours. What does that mean? Does it mean at the community level, the NGO level, or is it at the national level?

Each level has its own limitations and restrictions. The vision I am talking about is a macro-vision, not a micro-vision. It is not about looking at individual components and saying, how nice that they are talking to one another, having dialogue together, and working together. I want to see results. I want to see the output. And without a vision, you cannot look for the output. A common vision is therefore needed, crucially needed. And humanitarian or human rights organisations can look for a platform where they can formulate that vision and pledge their support for it. Israelis and Palestinians could come to such a platform at the highest level and the lowest level, with the international community as the mediator, the facilitator of the process, and committed to funding and supporting the process. Not just to give mere moral support. We need commitment from the governments that this vision will be leading us somewhere. We must start with common goals and common objectives. For example, if the Israelis say we should desalinate water, as this is the only solution for the Palestinians, we reply that we will desalinate water, but you will provide us with the expertise, and the technical assistance, and we also need capital investments. To undertake desalination, someone needs to come and sponsor these capital investments.

«In the conflict, in solutions, we have to say that international law is important. But we must also realise that international law has no teeth when it comes to enforcement.»

And the USA – with its new government – must be committed to these kinds of projects. Otherwise there will be continued dialogue or argument about who has the right to the freshwater. The Palestinians will continue to say «I», and the Israelis will continue to say «I». But if we bring alternatives, and solutions to those being harmed, and offer them help and support, they will then find it easier to understand that they are being compensated for the loss they have suffered for many years. And having been compensated, they are not actually being forced to desalinate water, as they have the support of the international community, and of Israel itself.

So far this philosophy or approach has not really been gaining much acceptance because people have been stick-

«If we change our attitude from positions to interests, I beleive that we can reach a certain stage where we can say that dialogue, genuine dialogue will take place with the Israelis.»

ing to their positions. Both sides insist that they have the right. And they fail to see that we can move forward a bit in our thinking and ask what our true interests are. Are they to deplete the resources? Or are they to conserve and make the best use of the resources?

If we change our attitude from positions to interests, I believe that we can reach a certain stage where we can say that dialogue, genuine dialogue will take place with the Israelis. But without the help of a third party, which must be neutral – neutrality and impartiality being the main principles that should guide the work of a third party – there will be no solution in this region, and the conflict will continue.

But I do not want to stop here. I say there is hope, and I say you have homework, and so do we in order to better inform you and to advocate our causes more strongly.

But you as human rights organisations, you too have some homework to do.

Thank you so much.

Case study of Brazil

Conflicts over the use of the Rio São Francisco

Ana María Suárez Franco, Country Group Coordinator of the Latin America Programme, FIAN International, Heidelberg

Owing to illness Ana María Suárez Franco had to call off her participation in the conference, but kindly provided us with the manuscript of her presentation for this reader.

Of all the water that exists on the planet, it is estimated that approximately 2% is fresh water, and only 1% of that is suitable for consumption. Brazil has around 15% of this amount, being by far the wealthiest country when it comes to quantity of fresh water; almost 70% of the total, though, is concentrated in the North and only 3.3% in the Northeast. One of the most important and permanent sources of water in the Northeast is the River São Francisco, around which a marvelous history, culture and human livelihoods have grown up. Fishing communities treat the River São Francisco *«as a father, who provides everything and has the capacity to employ millions of people»,* as the fisherman Toinho Pescador, from the state of Alagoas, stated in July 2006, and they put their faith in the river basin and waterway revitalization projects as the best chance of reviving their livelihoods.

The River São Francisco basin is one of the three largest water reserves in the country, and studies used by the federal government suggest that there is more water available than the demands of the local populations, thus serving as a basis for an ambitious project of transposition which would allegedly improve the lives of 12 million people.

The idea behind the transposition of the waters is not a new one: it firstly appeared during the imperial rule in the 19th century as a solution for the droughts in the Northeast, but it was not until 1943, during the Vargas government, that the discussion started to be seriously considered. The first consistent project was presented during the end of the military dictatorship, after the worst drought the region has ever seen, between the years 1979-1983. In August 1994, the president Itamar Franco sent a Decree to the Senate declaring that it was in the interest of the Federation studies on the hydro potential of the basins in the semi-arid region of the States of Pernambuco, Ceará, Rio Grande do Norte e Paraíba.

When Fernando Henrique Cardoso came to power in 1995, he signed a document called *«Compromisso pela Vida do Sao Francisco»* (A Commitment to the Life of the River São Francisco), proposing the river's revitalization and the construction of the transposition canals; this project ended up being left aside, but it was during his government that the Committee for the Hydrographical Basin of the River São Francisco-CBHSF and the Project for the Conservation and Revitalization of the Hydrographical Basin of the River São Francisco-PCRBHSF were created through a presidential Decree in June 5th, 2001. These institutions were founded under the cornerstone of new water management paradigms, expressed in the Water Act. The Basin Committees, composed by representatives of the States and Municipalities that have, within their territories, parts of the basin, by water users and water-resources-related civil organizations that act on the basin, represent a decentralized and participative way of managing water resources.

It was during Lula's first mandate, though, that the federal government hired a group of companies to reformulate and to continue the environmental

«One of the most important and permanent sources of water in the Northeast is the River São Francisco, around which a marvelous history, culture and human livelihoods have grown up.»

«In the valley of the lower Rio São Francisco, below Xingó, the change in rainfall caused by the 'cascade of dams' resulted in profound and irreversible environmental changes.»

studies in order for the project to be approved by the IBAMA, the Brazilian institute responsible for environmental licensing. The studies were conducted under two perspectives:

1) Studies of Regional Insertion, that evaluated the demand and the availability of water in the Northern Northeast, considering a broader area than that directly benefited from the enterprise;
2) Studies of Technical-Economic Viability, considering the best way for the canals, the planning and the cost of the constructions and their economic viability.

These companies were responsible for the Environmental Impact Studies-EIA and for the Environmental Impact Report-RIMA, presented in July 2004, which contain the updated version of the project, now called *«Projeto de Integraçao do Rio São Francisco com as Bacias Hidrográficas do Nordeste Setentrional»* (Project for the Integration of the River São Francisco with the Hydrographical Basins of Northern Northeast).

Despite the government's optimism about the success of the transposition project, it has provoked significant public controversy in the Northeast. In the valley of the lower Rio São Francisco, below Xingó, the change in rainfall caused by the 'cascade of dams' – the most significant engineering project ever executed in the area – resulted in profound and irreversible environmental changes. There were significant variations in the 'saline plume', as they call the sea water entering the river mainly when sea levels are high and the river flows low, and the productivity of the estuary's fishing industry was affected. The other major environmental issue is that the flood plains are no longer fertilized by the river's waters, because flow is now controlled by the dams, thus consisting in a violation of the people's ESCER, whose livelihood previously depended on fishing and planting crops on the flood plains.

In addition to not dealing with human rights violations, as critics of the project state, the project's environmental impact report also fails to clarify how the project's environmental and social impact will be managed. For instance, it does not say how the river canals and banks will be managed when it comes to recovering the vegetation and degraded and saline land. Neither does it show how silting will be dealt with at various points along the river course, nor how it will manage the environmental impact of canal building. It states that the *«impact will be minor as it will be limited to the course of the canals».* However, deforestation alone will eliminate important native species of vegetation which will, in turn, have an impact on the fauna. There is also the question of the removal of soil for construction. Finally, the canals could become barriers for some wild animals and interfere with their migration routes and normal cycle of reproduction. And this is only to mention a few of the environmental problems not fully covered or clarified in the official reports, as the social risks involved have not been directly addressed by them; unemployment and overcrowding in the towns and cities through which the canals would pass, after construction has been completed, are just a few of the possibilities.

The project is also said to benefit mainly rich farmers, providing water for plantations and livestock rather than semi-arid dwellers and animals necessary for their survival. After all preliminary orders prohibiting the construction were temporarily lifted by the Brazilian Supreme Federal Court-STF, there was public commotion in the country, especially in the areas affected by the project. Under popular pressure, with several riots taking place and with the support of the acclaimed Bishop Dom Frei Luis Cappio, who endured two hunger strikes to try to stop the transposition project from happening as it was planned, STF scheduled the trial of the lawsuits trying to prevent the transposition of waters to December 19th, 2007. The court decided to try only two lawsuits, one filed by civil society organisations, and the other filed by the

Federal Public Ministry, deciding in favor of the federal government in both of them.

A public session on the subject was held by the Brazilian Senate on February 14th, 2008, with the participation of artists, NGOs and the previously mentioned Bishop demanding the paralyzation of the works, which has not taken place.

There was a severe demobilization of the people involved in the movement trying to prevent the transposition after STF's decision, and after a very tense 2007, in which the theme was ever present in all debates, the only event of popular resistance to a project that may affect the right to food of millions of river dwellers was an occupation of the River São Francisco hydro-electrical dams on June 10th, 2008, promoted by about 1.500 people from many popular organizations, such as the peasant's movement, fishermen's movement and indigenous and Quilombola peoples.

«In addition to not dealing with human rights violations, as critics of the project state, the project's environmental impact report also fails to clarify how the project's environmental and social impact will be managed.»

Case study of East Africa

Global warming and conflicts over water

Annabell Waititu, Programme Coordinator, Institute of Environment and Water (IEW), Nairobi

Water resources management is a critical factor for meeting the Millennium Development Goals (MDGs), not only goal 7, target 10, but also the broader goals of eradicating extreme poverty and hunger, achieving universal primary education, promoting gender equality and women's empowerment, reducing child mortality, improving maternal health, combating major diseases, improving environmental sustainability and cooperation.

Eastern Africa has experienced increased pressure on available water resources. In recent decades, degradation of aquatic resource base has intensified the struggle to obtain water. This is as a result of increased human activities including deforestation, soil erosion and domestic and industrial pollution among others. All of these factors have contributed to declining water catchment capacity and more severe flood and drought conditions. Coupled with the global warming, the unavailability of water is growing to an alarming proportion.

«Coupled with the global warming, the unavailability of water is growing to an alarming proportion.»

The dwindling water resource in the region, the growing population, increased demand/uses of renewable water resources, is intensifying competition, conflicts, inequalities and under-development.

Water availability and access

Eastern Africa, on the whole, is fairly well endowed with freshwater, with total average renewable freshwater resources amounting to 187 km^3/yr. Uganda has the largest share of this with 39 km^3/yr, whilst Eritrea has the least with 2.8 km^3/yr. However, in spite of this endowment with freshwater, it is estimated that on average only about 50 per cent of the population has access to safe water. And the number of those without water is rising.

The share of the population of Sub-Saharan Africa living in water stress countries will rise from 30 to 85 per cent by 2025.

The growing water demand

The region is faced with an increasing demand for water for all uses including domestic, livestock, agricultural, energy and industrial among other uses. The current trend has shown a growing competition for access to water resources between user groups and between countries. This growing water demand is increasingly presenting huge challenges to water resources management and water supply services leading to worries regarding future access to water. Following are some examples on how the demand within the major water uses in the region is changing.

With the population growing rapidly, demand for freshwater is already becoming an issue. Demand for freshwater in the domestic sector is also rising because of increasing per capita water usage. In 1980, per capita urban water usage in Uganda was 90 litres/day; and this was expected to almost double by the year 2000 (NEMA 1999).

Eastern Africa being a home to a sizeable population of pastoralists, has been associated with overstocking of animals, leading to depletion of drinking water sources and degradation of vegetation. For example, Uganda's livestock freshwater demand is reported to be 81 million m^3/yr, and is projected to increase to 233 million m^3/yr by 2010 (NEMA 1999).

With growing demand for agricultural production, water for irrigation has been growing. Diversion of natural sources to aid production could have adverse effects on downstream water users, and could potentially disrupt hydrological systems and aquatic ecosystem health.

Implications of climate change on access to water

Climate change is strongly associated with increased water scarcity and stress. The IPCC predicted that major effects of climate change on African water systems would be through changes in the hydrological cycle, the balance of temperature, and rainfall (2001). Today, the changes in temperature, precipitation and sea levels have had varying consequences on the availability of freshwater in the region. The temperature rise has led to greater water loss through evaporation. Regardless of changes in rainfall, this is placing additional stress on water resources. Some of the impacts of climate change on water resources includes:

- Increased loss of water sources – for example, due to temperature rise, the ice cap on Mount Kilimanjaro, Ruwenzori and Mount Kenya are disappearing fast. As such, rivers that depend on Mount Kenya, Kilimanjaro and Ruwenzori are increasingly becoming seasonal and unreliable.
- Local water sources like springs, water pans and seasonal rivers are disappearing faster than ever.
- The main freshwater lakes and rivers like Lake Victoria and Nile River have all recorded decreasing water levels.
- Unpredictability of onset and cessation of rainfall.
- Frequent floods and drought incidences.

As the region gets warmer, a large share of the poor people is threatened by less secure livelihoods, greater vulnerability to water-borne diseases, hunger and poverty. This leads to increased inequalities, under-development and internal and cross-border conflicts over resources.

Emerging water related conflicts

Water competition in Eastern Africa fuels such deadly conflicts between users and especially between farmers and pastoralists. Women walk for miles each day to collect drinking water; farmers are pushed into deadly conflicts by dwindling river flows, and city water supplies are drained by overzealous irrigation. And as the access to water situation gets worse, water sources in the region are increasingly becoming the scene of complex conflicts about water allocation between different user groups. There are different types of conflicts:

› Tribal clashes

Most of the tribal water conflicts occur in the arid and semi arid districts which are inhabited by nomadic pastoralists. For example, the northern parts of Kenya, southern part of Ethiopia and also at the borders (e.g. Kenya/Uganda, Kenya/Somalia, Ethiopia/Kenya) where communities have experienced frequent tribal wars over access to shrinking water resources and pasture. In these regions, a small decrease in rainfall may result to loss of livestock if watering pans and other sources run out. With livelihoods at risk, pastrolists are always prepared to fight anyone else in order to get access to water for their livestock.

Water for agriculture

Ethiopia's potentially irrigable land area is 3.7 million ha, of which only 160,000 ha have been developed. Ethiopia has reportedly been expanding irrigation activities leading to diversion of streams. In Kenya only 16 per cent of irrigable land has been exploited. The water demand for irrigation is projected to rise from 3.9 Million Cubic Metres (MCM)/day in 1990 to 8.1 MCM/day in 2010 thus putting pressure on other water users.

«The share of the population of Sub-Saharan Africa living in water stress countries will rise from 30 to 85 per cent by 2025.»

«Disputes and bloody wars between user groups are regularly reported along major river basins.»

› Upstream/downstream users (interbaisin conflicts)

Disputes and bloody wars between user groups are regularly reported along major river basins. For example, loss of ice cap in Mount Kenya which is the source of Naro Moru River has reduced the one time perennial river into a seasonal river. Due to increasing farming activities upstream, the downstream population (normally pastrolists) is rarely getting adequate water for livestock. Desperate nomadic herdsmen have raided water points upstream, blocking intakes for farm irrigation systems. This has caused bloody wars between the livestock and farmer groups.

The utilization of the water of the Tana River has been in the middle of a conflict between two communities – the Pokomos and Ormas. The Pokomo claim the land along the river and the Orma claim the waters of the river.

The genocide in Darfur was born from the cultural collisions between pastoralists and farmers.

› Domestic conflicts

The dwindling water resources present another form of conflict at the household level. The UN HABITAT rapid gender and vulnerability assessments in the Lake Victoria revealed that due to the amount of time that women take at the water sources, conflicts between husbands and wives emerge. Fights between women and water vendors were also reported.

Women are more severely affected by climate change because of their social roles and because of discrimination and poverty. Women walk up to 10 km one way daily in search of water for domestic use. The water in rural areas is mainly obtained from shallow wells dug on dry river beds and most water sources are often unprotected and open to contamination. The urban water supply is marked by unreliability, long queues, high costs and poor quality.

› Human wildlife conflicts

The diminishing water resources have also led to human-wildlife conflicts, where wildlife invade the sources that are used by human, resulting to deadly fights between the two. A clash between thirsty monkeys and residents of villages in Kenya over water turned deadly when it left 8 apes dead and 8 people hospitalized.

› Trans-boundary water conflicts

As competition intensifies, conflicts are brewing between nations that share transboundary freshwater reserves. The region is marred with very serious water disputes and bloody/deadly conflicts.

Cover over the water resources of the Nile River system seem almost inevit-

Mount Kilimanjaro: The ice cap of Mount Kilimanjaro is disappearing rapidly due to melting snow and ice and is expected to disappear entirely within 10 to 20 years. When it disappears, people who depend on it for water will face significant problems during the dry season. In February 2001 American geologist, professor Lonnie Thompson of Ohio State University's Byrd Polar Research Center, published research which showed that more than 80 per cent of the ice cap's volume had disappeared since 1912, when for the first time 12 square kilometers of snow, ice and glaciers on the slopes of Mount Kilimanjaro were mapped out. His research also shows that 33 per cent of the ice mass has vanished since 1989. According to recent estimates, the remaining ice cap, which is approximately two square kilometers, will melt over the next 10 to 20 years.
Mount Kenya: has shrunk 40 per cent since 1963. Scientists predicted that the glacial rivers of Mount Kenya and the rest of East Africa may dry up in 15 years (UNEP).

able. The nine countries that share the system (Egypt, Ethiopia, Sudan, Tanzania, Kenya, Uganda, Burundi, Rwanda, and the Democratic Republic of Congo) are some of the world's poorest nations and their populations are exploding, increasing stress on endangered water resource.

Let's look at the Lake Victoria – a potential conflict between Kenya and Uganda. The receding Lake Victoria's levels in the recent years is destroying the breeding grounds for fish, and endangering the 30 million East Africans who live around the lake.

'Scramble for fish' in Lake Victoria is turning out to be a source of conflict between nations bordering the lake and could potentially threaten regional stability.

Since 2003, a number of Kenyan fishermen have been arrested and their boats and equipment confiscated by either Tanzanian or Ugandan authorities for «illegally crossing the common borders». The latest incident happened when about 400 Kenyan fishermen were kicked out of Migingo Island by Ugandan authorities. Migingo is claimed by both Uganda and Kenya. This incident has exacerbated the already strained relations between the two countries. The Kenyan fishermen have appealed to their political leaders to intervene, some even threatening violence.

Another example is the Mara River Basin – as a potential conflict between Kenya and Tanzania. The Mara River with its source in the Mau forests complex in Kenya is a transboundary basin shared between Kenya and Tanzania, and is also part of the larger Nile Basin that is shared by nine countries.

Due to the Mau forest cover loss and unsustainable agricultural expansion and intensification (including irrigation), human population growth, stakeholders in the Mara River Basin increasingly face inadequate access to water.

Important threats include loss of native forest cover in the upper parts of the catchment and along rivers, poorly planned tourist facilities, and water pollution and abstractions by industries and urban settlements. These problems have resulted in decreasing water supplies, competition for and conflicts over available water, inappropriate and poorly planned land use, and ineffective water resource management systems in the two countries.

The Mara River Basin can be divided into four distinct physical and/or land-use sections, mainly on the basis of location along the river. The upper catchment comprises two of these sections: first, the forested Mau Escarpment and second, a section characterized by large-scale agricultural farms. Some of the large-scale agricultural farms are irrigated using water from the Mara River. The Mara River then runs through the third section, which is open savannah grassland protected by the Masai Mara National Reserve on the Kenyan side and the Serengeti National Park on the Tanzanian side, two important and renowned protected areas in the region. The flood plains comprise the fourth section and are located in Tanzania where the Mara River discharges into Lake Victoria. High human and livestock population densities and subsistence agriculture characterize this section.

«Women are more severely affected by climate change because of their social roles and because of discrimination and poverty.»

› Economic versus social (private developers versus the community)

The electricity generating company Kenya Generating Company (KenGen) has dammed the Tana River at various points upstream, resulting in water scarcity downstream as well as floods whenever the company opens the sluice gates of the dams.

Dominion Farms Limited, a private company, was awarded 3,700 hectares of wetland around the tributary of River Yala for twenty five years with effect from 25-5-2004[1]. The Yala Swamp conflict started in 2003 when regional government authorities granted a 25-year lease for rice cultivation to Dominion Farms Ltd., a subsidiary of Dominion Group of Companies based in Edmond, Oklahoma (USA).

1 Source: Global Response; Environmental Action and Education Network.

«Not only is a water convention vital, water should also be treated as a cross-cutting theme in every development convention and policy making fora.»

But almost immediately Dominion began building irrigation dykes and a weir, airstrips and roads, and announced plans to build a hydroelectric plant and a major aquaculture venture, including fish farms, a fish processing factory and a fish mill factory, all of which could damage a fragile ecosystem far beyond the designated 2,300 hectare area.

The company has in effect privatized the swamp and public roads, blocking access by over 200 fishermen and impeding access to schools, markets and health clinics. This project has generated a major conflict between the firm and local communities.

› Politically instigated water conflicts

The Mau forest, the largest water tower in Kenya and that serves the East Africa region presents such a case of political instigated conflicts.

Is water a source of conflict?

Water has the potential to fuel conflicts but also to act as a bridge for cooperation. However, the current tensions and conflicts surrounding water resources is due to the many inequalities in access to water, which include the lack of control over water sources often experienced by women and the poor, the unequal distribution between uses as well as downstream users who are worst-hit by diminishing water flows.

Recommendations

1. Improving water governance would enhance equitable access to water resources, thereby minimise conflicts.
2. Water should be the main agenda – it is central to every development, it poses greater development risks compared to any other threat including climate change. It must therefore be accorded high priority in every policy making agenda.

Conclusion

Not only is a water convention vital, water should also be treated as a cross-cutting theme in every development convention and policy making fora.

Schlussbemerkungen

von Maike Gorsboth, Ökumenisches Wassernetzwerk, Genf

Meine Aufgabe heute war es, zuzuhören und zusammenzufassen. Zugehört habe ich aufmerksam und mit großem Interesse, daher möchte ich mich zunächst – als Zuhörerin und gleichzeitig auch im Namen des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut» – ganz herzlich bei allen Referentinnen und Referenten bedanken; und speziell auch bei Martin Läubli für die sehr sympathische und souveräne Moderation.

Ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um der Deza und der Politischen Abteilung IV des EDA für ihre Unterstützung zu danken, die es ermöglicht hat, diese Tagung zu organisieren.

Ich habe heute mit großem Interesse zugehört und das macht die Zusammenfassung nicht unbedingt einfacher. Zum einen ist im Verlauf des Tages klar geworden, dass Konflikte um Wasser nicht nur ein bedrohliches Zukunftsszenario, sondern heute schon Realität sind. Und das in einem Ausmaß, wie es sich Mark Twain sicherlich nicht hätte vorstellen können. Es gibt einen dringenden Handlungsbedarf – «Business as usual» ist offensichtlich keine Option.

Ein zweiter Punkt, der mir auffiel, ist, dass es sich bei den heutigen Konflikten und den zukünftig zu erwartenden nicht unbedingt um die «Kriege um Wasser» zwischen Staaten handelt, die in der öffentlichen Debatte und in den Medien oft besonders beschworen werden. Wir haben heute viel gehört über Auseinandersetzungen, die sich zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen oder Sektoren abspielen, also zwischen Nutzern und Nutzerinnen von Wasser und damit zusammenhängenden Ressourcen. Es gibt eine Vielzahl von Konfliktkonstellationen, die zwar über Staatengrenzen hinwegreichen *können,* es aber oft nicht tun. Vielleicht ist das auch der Grund, warum sie nicht die Aufmerksamkeit erhalten, die sie verdienten.

Viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen geben zu bedenken, dass Regierungen es sich sehr genau überlegen werden, ob sie Wasser als politisches und militärisches Druckmittel einsetzen oder gar einen Krieg um Wasser führen wollen. Anders ist die Ausgangslage für Menschen, deren Leben und Lebensgrundlagen in Gefahr sind, die sich um das Überleben ihrer Familien sorgen und denen kein anderes Mittel, keine Konfliktlösungsmechanismen zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite haben wir heute auch gehört, dass die Suche nach Wasser, das gemeinsame Überwinden von Wasserknappheit, Gemeinschaften stärkt und zusammenschweißt.

«Im Verlauf des Tages ist klar geworden, dass Konflikte um Wasser nicht nur ein bedrohliches Zukunftsszenario, sondern heute schon Realität sind.»

Catarina de Albuquerque hat auf den Bericht zur menschlichen Entwicklung von 2006 verwiesen, der bei der Analyse der «globalen Wasserkrise» zum Ergebnis kam, dass «... speziell die Armen (...) systematisch vom Zugriff auf Wasser ausgeschlossen werden». Auch Annabell Waititu und Fadia Daibes Murad haben aufgezeigt, welch große Rolle Ungleichheit und Machtverhältnisse beim Zugang zu Wasser spielen.

Das ist der Hintergrund, warum die verschiedenen Organisationen, die diese Tagung gemeinsam als Arbeitskreis veranstaltet haben, verlangen, dass Wasser als öffentliches Gut behandelt werden sollte. Wir stellen heute fest, dass die internationalen Finanzinstitutionen zunehmend von der Wasserprivati-

«Wir erhoffen uns von der Schweizer Regierung, dass sie mit gutem Beispiel voran geht und die Arbeit der unabhängigen Expertin für das Recht auf Wasser im UN-Menschenrechtsrat aktiv unterstützen wird.»

sierung abrücken und eingestehen, dass diese Strategie gescheitert ist. Es hält sich jedoch die Vorstellung, Wasser müsse als ökonomisches Gut behandelt und gemäss den Regeln des Marktes verteilt werden, um der Wasserknappheit zu begegnen. Heute wurde darauf nicht oft Bezug genommen, aber die Idee der «Kommerzialisierung» bestimmt zum Beispiel die Debatte bei Treffen wie dem Weltwasserforum, das demnächst in Istanbul stattfinden wird.

Doch diese Forderung bringt die Gefahr mit sich, dass die vermeintlich unparteiische, unsichtbare Hand des Marktes nur allzu oft von jenen wirtschaftlichen und Macht-Ungleichgewichten gelenkt wird, die gerade auch den Kern der Wasserkrise ausmachen. Sie ignoriert, dass wir nicht nur eine effiziente Verteilung benötigen, sondern eine gerechte und nachhaltige, die auch den Ärmsten den Zugang zu Wasser als Lebensgrundlage garantiert.

Es wurde heute mehrmals angesprochen, dass dies eine zentrale Verantwortung und Aufgabe der Politik ist. Sie soll dabei nicht «von oben nach unten» vorgefertigte Lösungen durchsetzen, sondern Rahmenbedingungen schaffen und Mechanismen einrichten, die die Suche nach Lösungen unter Beteilung aller Betroffenen ermöglicht.

Wir sind heute nicht mit dem Anspruch angetreten, «Blaupausen» für Lösungen zu liefern. Annabell Waititu hat darauf hingewiesen, dass es kein «one size fits all» gibt. Auch Thomas Zeller hat betont, dass eine globale Debatte notwendig ist, die Lösungen aber auf lokaler Ebene umgesetzt werden müssen. Die Fälle, von denen wir heute gehört haben, machen alle deutlich, dass wir lokal angepasste Lösungen brauchen.

Noch fehlen allerdings vielerorts innerstaatliche Regelungen für potentielle Wasserprobleme, oder sie sind zumindest noch sehr schwach. Es gibt keine Konfliktlösungsmechanismen, und die Priorisierung der Nutzung ist nicht festgelegt. Bisher gilt oft einfach das Recht des Stärkeren.

Was bringt in diesem Zusammenhang ein Menschenrecht auf Wasser? Es wurde darauf hingewiesen, dass Menschenrechte eine wichtige Messlatte für politisches Handeln darstellen. Sie können uns zwar keine konkreten Lösungen vorgeben, setzen aber Standards für politische Prozesse, fordern Transparenz und Partizipation. Das Menschenrecht auf Wasser rückt nicht zuletzt die Bedürfnisse und Rechte der Schwächsten in den Vordergrund.

Martin Läubli hat von der «Herkulesaufgabe» für Catarina de Albuquerque als unabhängige Expertin für das Recht auf Wasser des Uno- Menschenrechtsrats gesprochen. In diesem Zusammenhang erhoffen wir uns von der Schweizer Regierung, dass sie mit gutem Beispiel voran geht und die Arbeit der unabhängigen Expertin aktiv unterstützen wird. Die Schweiz könnte auch dem Vorbild anderer Länder folgen und das Menschenrecht auf Wasser in der schweizerischen Bundesverfassung verankern. Zudem hat Catarina de Albuquerque darauf hingewiesen, dass sie das Fakultativprotokoll zum Pakt für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (WSK) bisher nicht ratifiziert hat. Das Protokoll sieht ein Beschwerdeverfahren für Individuen und Gruppen vor, deren WSK-Rechte verletzt wurden.

Die Schweiz selber ist ein gutes Beispiel für ein funktionierendes, gerechtes Wasserregime, das in öffentlicher Hand ist und unter demokratischer Kontrolle – dies ermöglicht die «lustvollen Konflikte», von denen Professor Wehrli gesprochen hat. Statt weiterhin die Privatisierung der Wasserversorgung in der Form von Public-Private-Partnerships in Entwicklungsländern zu fördern, sollte die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit sich darauf konzentrieren, die Kapazitäten der zuständigen Behörden in den Partnerländern aufzubauen.

Verschiedene Referentinnen und Referenten haben schliesslich auf die wichtige Bedeutung der Klima-, Energie- und

Umweltpolitik hingewiesen. Das Recht auf Wasser und eine funktionierende Wasserversorgung nützen nichts, wenn dem fortschreitenden Klimawandel und der Umweltzerstörung nicht Einhalt geboten werden. Wir laufen sonst Gefahr, dass alle Bemühungen um eine gerechte Verteilung zunichte gemacht werden.

(...) Wir sollten uns auch über den Einfluss bewusst werden, den unser Güterkonsum im Norden auf die Wasserressourcen anderer Länder hat – und nicht zuletzt unsere Wirtschaftspolitik und Handelspolitik entsprechend umgestalten. Es kann nicht sein, dass wir uns in der Entwicklungspolitik dem Menschenrecht auf Wasser verpflichten und gleichzeitig diese Bemühungen durch unsere Wirtschafts- und Handelspolitik zunichte machen.

Wir hoffen, dass die Schweiz in all den genannten Bereichen mit gutem Vorbild voran gehen wird und für die heute mehrfach angesprochene und dringend notwendige Kohärenz der verschiedenen Politiken sorgen wird.

«Es kann nicht sein, dass wir uns in der Entwicklungspolitik dem Menschenrecht auf Wasser verpflichten und gleichzeitig diese Bemühungen durch unsere Wirtschafts- und Handelspolitik zunichte machen.»

Natürlich kann die Schweiz nicht im Alleingang die globale Wasserkrise lösen. Wir haben gehört, dass es auf internationaler Ebene an Mitteln und politischem Wille fehlt. Kapazitäten müssen geschaffen und Debatten um mögliche Lösungen geführt werden. Ein gemeinsamer internationaler Referenzrahmen könnte langfristig eine internationale Wasserkonvention bilden. Sie könnte helfen, die Staatengemeinschaft in die Pflicht zu nehmen, und sollte, wie Rosmarie Bär sagte, Entwicklung, Umwelt und Menschrechte zusammenführen.

In der Reihe **GLOBAL+-*dokument*** veröffentlicht Alliance Sud Positionspapiere, Tagungsbeiträge und andere entwicklungspolitische Stellungnahmen.
dokument ist als pdf-Download (www.alliancesud.ch/publikationen) oder auf Papier (Einzelausgabe: Fr. 7.–) erhältlich. Bisher sind in der Reihe *dokument* erschienen:

- Klimapolitik: Durchbruch oder Trölerei? Klimaveränderung und Post-Kyoto-Verhandlungen aus entwicklungspolitischer Sicht, dokument 16, Mai 2009
- Der Streit um die Entwicklungshilfe. Mehr tun – aber das Richtige! Tagungsdokumentation vom 16. Mai 2008, dokument 15, Juli 2008
- Verkehrte Welt: Der Süden finanziert den Norden – Kapitalflüsse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, dokument 14, Januar 2008
- 0,7 % – Gemeinsam gegen Armut, Argumente für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe, dokument 13, Juni 2007
- Zugang zu Wasser – ein Menschenrecht, Tagungsdokumentation des Arbeitskreises «Wasser – ein öffentliches Gut» vom 16. März 2007, dokument 12, April 2007
- Leidet Afrika an zu viel Entwicklungshilfe? Tagungsdokumentation vom 24. November 2006, dokument 11, März 2007
- Gender-Apartheid als Hindernis für Entwicklung. Wie weiter zehn Jahre nach der Uno-Frauenkonferenz in Peking?, dokument 10, Februar 2006
- Für mehr Vielfalt in der Handelspolitik. Resultate des Symposiums «Welcher Handel nützt den Armen?», dokument 9, Dezember 2005
- Gentechnologie bekämpft den Hunger nicht – Schweizer Hilfswerke für Gentech-Moratorium in der Landwirtschaft, dokument 8, November 2005
- Keine Kürzung der Entwicklungshilfe! Informationen zum Schweizer Beitrag an die EU-Kohäsion, dokument 7, Oktober 2005
- Welcher Handel nützt den Armen? – Zehn Jahre WTO aus der Sicht des Südens, dokument 6, Mai 2005
- Die Strategie der Arbeitsgemeinschaft, dokument 5, Oktober 2004
- Wasser braucht den Schutz des Völkerrechts – Argumente für eine internationale Wasserkonvention, dokument 4, April 2004
- Die Gewinne privat, das Risiko dem Staat? – Public-Private Partnerships und öffentliche Dienste in Entwicklungsländern (Dokumentation der Tagung vom 18. November 2003 in Bern), dokument 3, Januar 2004
- Recht auf Freihandel oder Recht auf Nahrung? – Positionspapier zur internationalen Agrarpolitik, dokument 2, Februar 2003
- Die Multis als soziale und ökologische Avantgarde? – Diskussionsbeitrag zum Global Compact der Uno, dokument 1, November 2002

Bleiben Sie entwicklungspolitisch auf dem Laufenden!

Abonnieren Sie GLOBAL+

Die Zeitschrift von Alliance Sud informiert viermal jährlich kompetent zu Fragen der Globalisierung und Nord/Süd-Politik.

- ☐ Probeexemplar
- ☐ Jahresabo Schweiz Fr. 30.–
- ☐ Jahresabo Ausland Fr. 40.–
- ☐ Unterstützungsabo Fr. 50.– und mehr

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte Talon ausfüllen und einschicken an:
GLOBAL+, Postfach 6735, 3001 Bern, Telefon 031 390 93 30, E-Mail: globalplus@alliancesud.ch